

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 39 vom 30. September 1983

17. Jahrgang

1 DM

Arbeit niederlegen

Am 5. Oktober, fünf Minuten für den Frieden. Unsere Partei hat diese Aktion von Beginn an befürwortet. Nicht, weil die Politik der DGB-Führung besonders gut wäre. Sondern weil dies eine gute Möglichkeit ist, wirklich breitere Teile der Belegschaften in Aktionen für den Frieden zu mobilisieren, durchaus auch für zwei Wochen später, für den Tag der Betriebe innerhalb der bundesweiten Friedenswoche.

Dieser Aufruf des DGB-Bundesvorstandes ist ja denn auch nicht der einzige, der zum Thema Frieden im Oktober vorliegt, es gibt Aktionsaufrufe von der IG Metall, der IG Drupa usw. Diese 5-Minuten-Aktion, die ja von den Kapitalisten erheblich angegriffen wird, ist auch in diesem Sinne ein guter Auftakt für weitere Aktivitäten.

Deshalb sollten sich auch alle unsere Leser bemühen, am Zustandekommen und Gelingen solcher Aktionen am 5. Oktober mitzuarbeiten und auf dieser Grundlage auch politische Debatten zu diesem Thema „anzuzetteln“.

Massengrab

Mit eindrucksvoller Deutlichkeit haben die US-Truppen demonstriert, daß sie auf alle Fähigkeiten eines Krieges in Deutschland gut vorbereitet sind — und daß sie eben diesen Krieg vorbereiten. „Confident Enterprise“ — „Zuversichtliche Unternehmung“ — hieß das Manöver im Rahmen der NATO-Herbstübung, bei dem das Ausheben von Massengräbern geprobt wurde. Mit Zuversicht also können wir in die Zukunft blicken, unsere Schutzmacht hat für alles gesorgt.

Dahin führt der Weg der „Sicherheitspartnerschaft“ mit Washington: ins Massengrab. Dahin führt der Weg der Bündnistreue. NATO — TODSicher. Dahin führen uns alle, die im Interesse ihrer eigenen Profite den Weg mit den Amis zusammen gehen. Wenn wir ihnen weiter folgen. Wenn wir sie nicht aus den Kommandozentralen hinauswerfen, einen neuen Kurs vorgeben und erste Schritte in eine andere Richtung gehen: Raus aus der NATO! Und Ami go home!

Nach den Wahlen in Hessen und Bremen: Jetzt erst recht!

Die Reichen sollen die Krise bezahlen

„Eine als richtig erkannte Politik muß fortgesetzt werden“ — das war der Kommentar von Bundeskanzler Kohl zu den Wahlniederlagen seiner Partei, seiner Koalition in beiden Bundesländern. (Zu den Wahlen siehe Kommentar auf Seite 2). Dabei waren die Inhalte dieser Wahl der Wille gegen die Politik des Sozialabbaus, des betrieblichen Kahlschlags, der immer offeneren Umverteilung von unten nach oben zu protestieren, eine Alternative zu suchen. Und diese wurde eben in der Politik der SPD gesehen — zu einem Gutteil fälschlicherweise in dieser Politik gesehen.

Immer wieder wiederholten die CDU- und FDP-Leute in diesen Wahlkämpfen ihre Behauptungen, mit denen sie schon seit langem hausieren gehen: Es gäbe zu wenig Aufträge, zu wenig Kapital für Investitionen, zu hohe Staatsschulden. Deshalb seien Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Sozialabbau sozusagen „naturnotwendig“ und die Voraussetzung für den versprochenen Aufschwung. Und wenn sich davon nichts zeigt, dann war es eben zu wenig Lohnsenkung, zu wenig Sozialabbau usw. Die Zahl der Menschen gerade in Krisenregionen, die inzwischen gemerkt haben, daß diese kapitalistische Politik nur auf Kosten der arbeitenden Menschen (und der Arbeitslosen versteht sich) durchzusetzen ist, ist angewachsen.

Die Alternative aber ist es auch nicht, eine Politik zu verfolgen, wie es die SPD tut, die diese ganzen Vorgänge abmil-

dern „sozial abfedern“ will, aber genauso durchziehen. Das mag für den Augenblick nutzen, aber nicht auf Dauer.

Die Politik der Sozialpartnerschaft, des Ausgleichs zwischen den Millionären und Milliarden und den Millionen, die von ihnen auf die Straße geworfen werden, erweist sich gerade in Krisenzeiten als untauglich, die Interessen der Arbeiterschaft auch nur zum Teil zu verteidigen. Eine Sozialpartnerschaft im übrigen, die von der anderen Seite, von den Superreichen und ihren reaktionären Politikern schon längst aufgekündigt worden ist.

Allein zwei solche große Konzerne wie Daimler und Siemens haben zusammen 18 Milliarden Mark flüssige Mittel in ihren Kassen, allein die Deutsche Bank gibt für das letzte Jahr öffentlich einen Gewinn von 2 Milliarden Mark zu. Und

solche Kapitalistensippen wie die Flicks oder die Siemens oder Thyssens holen allein aus einer Beteiligung bei Daimler (Flick) im Jahr 30 Millionen an Dividenden heraus. 50 Milliarden Mark wurden im Ausland investiert, weil sich dort billiger produzieren läßt, die Taschen dieser Ausbeuter noch voller werden. Sie sollen die Krise bezahlen! Für sie muß eine Sondersteuer erhoben werden! Schon eine Sondersteuer von nur 5 Prozent für die Millionäre würde sage und schreibe 20 Milliarden einbringen! Auch solche Maßnahmen wie eine Quellensteuer für größere Bankguthaben, wie sie von Teilen der linken Sozialdemokratie gefordert wurde, wäre ein Schritt in diese Richtung! Das ist die Politik, die erkämpft, erzwungen werden muß, wenn nicht dauernde Massenarbeitslosigkeit und Verelendung an der Tagesordnung sein sollen.

Weiter Widerstand gegen das Werftkonzept!

Die Belegschaft der AG Weser hat am Montag, 15 Uhr beschlossen, die Besetzung des Werkes vorerst zu unterbrechen. Sie hat dies ganz bewußt so beschlossen und nicht etwas damit aufzuhören, um zu zeigen, daß sie weiterhin kampfbereit ist. Und das tut auch dringend not, denn die Werftbosse, die Banken und ihre Regierung verfolgen unabwieslich ihr berüchtigtes „Werftkonzept“.

Ein Konzept, das bei weitem nicht nur Stilllegungen, Massenentlassungen bzw. Almosensozialpläne vorsieht, sondern auch Akkorderhöhungen, Prämienlöhne und so weiter und so fort.

Auf HDW ist in der letzten Woche schon deutlich geworden, daß sie keineswegs bereit sind, aufgrund der Aufgabe der Besetzung etwa aus Freundlichkeit Zugeständnisse zu machen, im Gegenteil. Alle blauen Briefe wurden rücksichtslos verteilt, alle Entlassenen aufgefordert, sofort die Werft zu verlassen, es wurde ihnen keine Arbeit gegeben. Stattdessen wurden Überstunden angesetzt und Fremdfirmen eingesetzt. Ähnlich auch bei der AG Weser, wo der Bremer Senat, trotz Koschniks

Schlappe auf der Belegschaftsversammlung letzte Woche bei seinem Kurs bleibt. Jetzt sind noch die neuen Entlassungspläne auf der Nordseewerft bekannt geworden, wo 650 Arbeitsplätze beseitigt werden sollen. Dort gab es bereits eine Protestbetriebsversammlung. Bei HDW in Kiel wird der Kampf gegen die Überstunden und die innerbetrieblichen Folgerungen des „Konzepts“ ebenso geführt, wie er jetzt bei HDW Hamburg aufgenommen wird, die Belegschaft von AG Weser hat auch noch nicht ihr letztes Wort gesprochen, die Warnstreiks in der letzten Woche sind ebenfalls eine Tatsache.

Dieser Kampf ist also noch lange nicht zu Ende. Ein

Diese Woche

Erfahrungen aus der HDW-Besetzung
Seite 3

Extrablatt zur Bonner IGM-Demonstration
Seiten 6/7

Krieg im Libanon — Hintergründe
Seite 10



Waffenstillstand im Libanon?

Immer mehr Kriegsschiffe an der libanesischen Küste

Die Regierung Wazzan trat Anfang der Woche in Beirut zurück, um den Weg frei zu machen zur Bildung einer Regierung der nationalen Versöhnung, wie es offiziell begründet wurde. Sicher ein Vorgehen, das zunächst dem Wunsch vieler Libanesen nach Frieden entgegenkommen mag. Allein erhebt sich die Frage auf welcher Grundlage dies geschah, und damit natürlich auch, wie aussichtsreich und dauerhaft ein solcher Schritt eingeleitet werden kann.

Denn zur selben Zeit, da dies bekanntgegeben wurde, waren noch mehr Kriegsschiffe, nicht nur der USA sondern auch Frankreichs und Englands unterwegs vor die libanesischen Küste. Ihre Soldaten stehen als sogenannte Friedenstruppe im Land — bestimmt nicht, um die Unabhängigkeit, den Frieden oder irgendeine Art von Demokratie im Lande zu schützen, sondern die Interessen dieser imperialistischen Staaten zu vertreten. (Zu den Hintergründen siehe auch Artikel auf Seite 11).

Der Rücktritt Wazzans ist zwar der erste im Rahmen der jüngsten Auseinandersetzungen,

aber steht doch in einer Reihe nahezu unendlicher Versuche, eine tragfähige Regierung in diesem Land zu bilden. Was in der Regel bisher in erster Linie an der Haltung der maronitischen Christen lag, deren politische Hauptkraft die Banden des Herrn Gemayel sind. Und an den Machenschaften der verschiedenen imperialistischen Kräften, einschließlich Israels, die stets versucht haben, alles zu unterbinden, was sich im Libanon an fortschrittlichem Potential versammeln konnte.

Diese Grundbedingungen haben sich in keiner Weise geändert — die Dauer wird wohl nicht lange sein, eher ganz kurz.

Erstmals von der DGB-Jugend veranstaltet

Protestaktion zum dritten Jahrestag des Oktoberfest-Attentats

Vor drei Jahren fand das bisher größte Nazi-Verbrechen der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik statt: Das Bombenattentat auf dem Münchner Oktoberfest. Ungefähr 500 Menschen beteiligten sich an einem Fackelzug, der zum Gedenken an die Opfer dieses Verbrechens in München durchgeführt wurde. Als Organisator trat dabei mit der DGB-Jugend erstmalig eine sozusagen „offizielle“ Organisation auf.

Bereits am Sonntag dieser Woche hatten die Opfer bzw. die Angehörigen eine Interessengemeinschaft gebildet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, gegen die „Einzeltäter“-Propaganda der Behörden endlich ein Verfahren in Gang zu bringen.

Der beauftragte Rechtsanwalt, der vor gerade vier Wochen (!) zum ersten Mal die Akteneinsicht erhielt, unterstrich dabei, daß bereits eine kurze Sichtung dieser Akten deutlich mache, daß es bei diesem ganzen Vorgang ein erhebliches Maß an Verschleierung gegeben habe, an der sich offensichtlich neben

verschiedenen anderen dubiosen Personen auch der bekannte Herr Langemann beteiligt hatte. Das vorliegende Aktenmaterial genüge, so wurde auf dieser IG-Gründung festgestellt, um die Einleitung eines Verfahrens gegen die unbekannten Hintermänner des Verbrechens zu erzwingen.

Was in der Tat, neben der Bestrafung solcher Täter und Planer auch eine weitere politische Bedeutung haben kann, nämlich eben diese bisherige Politik der bayerischen Behörden an den Pranger zu stellen.

Vor der „Kohlerunde“ wird die CDU-Strategie deutlicher

Kohlebergbau soll endgültig in die Hände der Stromkonzerne

Lang erwartet, viel vordiskutiert, findet am 29. September in Bonn die sogenannte Kohlerunde aus Ministern, Vorständen und Gewerkschaftsführung statt. Was bisher nur Gerüchte, Ahnungen, Vermutungen oder auch Vorplanungen waren, das soll dort klar gemacht werden. Dabei wurden in den letzten Tagen aus Bonn verschiedene Standpunkte geäußert, die die Kohlepolitik der Regierung umreißen.

Vom Wirtschaftsministerium des Grafen Lambsdorff wurde eine Stellungnahme zu den Plänen der Zechenvorstände verfaßt, die diese im wesentlichen begrüßt. Der Vorschlag des Vorstandes der Ruhrkohle AG aber, Kapazitäten in der Höhe von rund 5 Millionen Jahrestonnen Förderung stillzulegen, geht den Bonner Beamten nicht weit genug. Ihrer Rechnung nach müßten sogar 8 Millionen Jahrestonnen allein bei der RAG (Ruhrkohle AG) stillgelegt werden, weitere 2 Millionen bei den Saarbergwerken, und das beides möglichst schnell, wie in dem Papier ausdrücklich hervorgehoben wird.

Nun bedeutet der Plan des RAG-Vorstandes bis 1987 die Beseitigung von rund 10000 Arbeitsplätzen und zweier Zechen mindestens. Der Bonner CDU-Plan legt da jeweils nochmals 50 Prozent drauf. Die Überlegungen des Wirtschaftsministeriums aber sind koordiniert mit denen des Finanzministeriums. Und diese Überlegungen laufen darauf hinaus, die Stahlkonzerne dazu zu bewegen, ihre Anteile an der Ruhrkohle AG an die Stromkonzerne zu verkaufen.

Denn das würde faktisch die Möglichkeit bedeuten, die Koksabnahme durch die Stahlkonzerne zu reduzieren und die Kohleförderung sozusagen auf nur noch ein Standbein zu konzentrieren, auf die Kohle-Verstromung. Was zunächst einmal so erscheint als wäre dies tatsächlich logisch, ist doch die Veredlung zur Koksabnahme, die die Stahlerzeugung benötigt ein durchaus teures Verfahren, das bisher schon stark staatlich bezuschußt wurde. Was bei der Verstromung wegfällt.

Der entscheidende Haken dabei, der natürlich auch Bonn bekannt ist, ist die Tatsache, daß es die Stromkonzerne waren, die mit ihrer AKW-Politik bereits bisher deutlich zum Rückgang der Kohleabnahme in diesem Bereich beigetragen haben und, daß sie diese Haltung gerade in den letzten Wochen verstärkt und bekräftigt haben. So kamen jetzt von süddeutschen Stromerzeugern zum ersten Mal offen die Forderungen nach einer Revision des Kohleabnahmevertrages durch die Stromerzeuger, des so viel beschworenen „Jahrhundertvertrages“.

Förderung entscheidend reduziert, Verkokung faktisch eingestellt und die Verfügung der Förderung in den Händen der Stromkonzerne, und das womöglich noch als ein staatlich mit Steuergeldern geförderter Handel, das ist die Bonner Leitlinie. Und das würde im Endeffekt die weitgehende Beseitigung der Kohleförderung als wichtigem Industriezweig bedeuten.

In Koordination mit den verstärkten AKW-Bauplänen der jüngsten Zeit würde das weitere massive Stilllegung von Förderungskapazitäten bedeuten.

Die Führung der IG Bergbau und Energie hat sich inzwischen schon bereit erklärt von ihren markigen Worten nach der Erinschließung abzugehen und Teilschließungen von Zechen hinzunehmen. Fünf Jahre Kurzarbeit wird anstelle von Entlassungen vorgeschlagen. Wozu alle beteuern, daß sie hier, in diesem Fall zwar dazu bereit wären, aber stets auch betonen, daß das Geld dafür nicht vorhanden sei.

All das soll nun ausgehandelt und ausgeschachtet werden. Die Belegschaften bleiben außen vor, ein Adolf Schmidt ist sich sicher, daß es für ihn reicht, wenn er anschließend seine Beschlüsse verkündet. In Castrop-Rauxel (Erin) und Dortmund und Lünen (Gneisenau) wird jede Regung

sich gegen die Pläne des Vorstandes zur Wehr zu setzen, von der IGBE-Führung postwendend als „kommunistisch“ verleumdete, selbst wenn es noch so gestandene Sozialdemokraten sind, die sich da aufraffen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Bonner Regierung Herrn Schmidt den Gefallen tut und im Bergbau (im Gegensatz zu Stahl und Werften beispielsweise) die alte SPD-Politik des „sozialen Abfederns“ von Arbeitsplatzvernichtung ausnahmsweise fortführt. Politische Überlegungen in diese Richtung gibt es in Bonn ohne Zweifel.

So oder so bleibt die Tatsache, daß Arbeitsplatzvernichtung in großem Ausmaß geplant wird. Und dies in Regionen, die ohnehin zu den von der kapitalistischen Krise am stärksten betroffenen gehören. „CDU macht Zechen zu“ schrieb unsere Partei bei der Bundestagswahl in einem Aufruf an die Bergarbeiter. Dabei war klar, daß die gesamte Politik der CDU/CSU viel enger noch mit den Atomplänen des Großkapitals verknüpft ist, als es die SPD ohnehin schon war. Nun beginnt diese Aussage Wirklichkeit zu werden. Um dagegen den nötigen Widerstand zu organisieren erscheint es dringend, sich nicht auf die Handlungen des Herrn Schmidt auf seiner „hohen Ebene“ zu verlassen, sondern aktiv zu werden.

Die beiden Landtagswahlen in Hessen und Bremen haben eines gemeinsam: Sie waren Niederlagen für die CDU. Niederlagen für die Bonner Regierung sowohl was die zusammen erzielten Stimmenergebnisse betrifft, als auch, was ihre Wahlziele betrifft, die weit verfehlt wurden.

Enorme Zugewinne für die SPD in Hessen, eindeutige absolute Mehrheit in Bremen — wie kommt das zustande? Sicher zum einen eine erste Enttäuschung über den ausgebliebenen, von Kohl versprochenen, Aufschwung. Zum anderen aber stand, in Bremen zumindest, die Frage auch anders als bei den letzten Wahlen. Es war eben nicht die allgemeine Wirtschaftspolitik „an sich“, die da im Zentrum der Debatte stand, sondern die ganz konkrete Lage in verschiedenen Betrieben. Und da wurde sozusagen die „soziale Abfederung“ bei Entlassungen gewählt, als Alternative zur radikalen Form des Kahlschlags. In Hessen war es dementsprechend deutlicher eine Wahl gegen die Grundzüge der Bonner Wirtschaftspolitik, des Sozialabbaus.

Wahlen gegen rechts

Das Abschneiden der Grünen zeigte sie (gerade auch durch das Bremer Ergebnis gegenüber der Bremer Grünen Liste) als eine Partei mit einem inzwischen relativ festen Wählerpotential. Die Frage, die in diesem Zusammenhang auftaucht ist weniger die, aus welchen Kreisen heute vor allem diese Wähler kommen. Dies ist ziemlich klar, wenn man in Hessen betrachtet, wo sie verloren haben, in Bremen, wo sie gewonnen haben. Es ist und bleibt im wesentlichen eine bestimmte Schicht des Kleinbürgertums. Was keine Abwertung darstellt, sondern eine Tatsache, die festzuhalten ist. Die wichtigere Frage in dieser Beziehung aber ist, wie die weitere Entwicklung innerhalb der Grünen Partei vor sich gehen wird. In Bremen, das war überdeutlich, wurde hauptsächlich der Wahlkampf für die Erhaltung der AG Weser geführt, was nicht unumstritten war. Attacken gegen einen sogenannten „Industrieflügel“ werden wohl zunehmen. Eine ähnliche Tendenz also wie in Nordrhein-Westfalen, wo sich die Grünen ja längst von ihrer ursprünglichen Politik gegen neue Stahlwerke und gegen Zechenerhaltung abgewandt haben. Eine Entwicklung, die nicht dazu führen kann, aus den Grünen eine Partei der Arbeiter, des Klassenkampfes zu machen, wohl aber dazu, daß die Widersprüche in dieser Partei wachsen.

Was die ganze Situation links von der SPD betrifft, so ist sie eigentlich im wesentlichen unverändert. Sicher: Das Stimmenergebnis für die BAL (Betriebliche Alternative Liste) in Bremen ist durchaus eine Ausgangsbasis für die weitere Arbeit in dieser Richtung. Dieser Kompromiß, den auch unsere Partei eingegangen ist, kann nicht als gescheitert betrachtet werden. Eine genauere Debatte wird hier sicher noch nötig sein und auch folgen.

Es bleibt aber die Tatsache zu verzeichnen, daß trotz aller Entwicklungen, trotz aller Proteste und Aktionen, in der Wahlkabine die SPD immer noch (und natürlich durch ihr etwas radikaleres Auftreten in der Opposition verstärkt wieder) die Wahlpartei der Arbeiter ist. Und zwar genau so, ohne wenn und aber, auch die Werftarbeiter haben offensichtlich eben SPD gewählt. Dafür, oder besser: Dagegen wird keine Alternative gesehen, wenn man gegen die CDU, gegen die Regierung stimmen will, wählt man SPD.

Sicher: Beide Länder sind traditionelle Hochburgen der SPD, in traditionell „schwarzen“ Ländern mag das anders aussehen, aber nicht, was den bewußteren Teil der Arbeiterklasse betrifft.

Das unterstreicht nicht nur, daß jede Politik, die auf die Stärkung des Kampfes der Arbeiterklasse abzielt, sich intensiv mit der SPD auseinandersetzen muß. Das sowieso. Es zeigt aber auch, daß jede Politik, die darauf abzielt, möglichst große Teile der Arbeiterklasse von der Politik des Reformismus, von der Linie der Sozialpartnerschaft abzulösen, keinen Erfolg haben wird, wenn sie sich darauf beschränkt, die bloße, oberflächliche Konfrontation mit der SPD zu betreiben, ohne auf die politischen Vorstellungen der Arbeiter einzugehen, die dazu führen, daß sie eben immer wieder SPD wählen.

Das zeigt auch, daß es darum gehen muß, immer wieder zu beweisen, daß es not tut, echte Anstrengungen zu machen, um eine wirkliche Alternative für die breiten Massen der Arbeiterschaft zu schaffen. Nicht nur und nicht in erster Linie bei der Wahl, aber eben auch da, denn dies beeinflusst auch das sonstige Denken und Verhalten.

Eine Alternative, die in einer Klassenpolitik für die Arbeiter besteht und die im Laufe der Zeit auch stark genug wird, um sozusagen machtpolitisch eine Alternative zu werden. Dafür wird sich unsere Partei auch weiterhin einsetzen, wird sie auch weiterhin bereit sein, dieser Sache dienliche Kompromisse zu schließen.

Helmut Weiss

Demonstration gegen Rationalisierung im Gesundheitswesen

Korrespondenz aus Bremen

Die folgende Korrespondenz über die Aktion der Beschäftigten im Gesundheitswesen und den anschließenden Solidaritätsbesuch bei der AG Weser zeigt, daß auch in anderen Bereichen als den großen Krisenbranchen der Widerstand wächst. Von den verschiedenen Aktionen gerade in Bremen von denen unsere Korrespondentin bereits in früheren Ausgaben berichtet hatte, war diese jüngste die größte Aktivität.

Heute versammelten sich ca. 400 Kolleginnen und Kollegen zu einer Protestversammlung auf dem Krankenhausgelände des ZKH Bremen-Ost. Wir protestierten gegen die Folgen der Wirtschaftlichkeitsprüfung: den Personalabbau und die Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan. Zahlreiche Transparente wurden getragen, das ZDF und das Lokalfernsehen machten eine Aufzeichnung, die Stimmung war bestens. Nach der kurzen Demonstration über das Gelände machten wir vor dem Krankenhaus eine Protestkundgebung.

Das war die bisher größte Aktion gegen die Rationalisierung im Gesundheitswesen. Wir haben schon Stände im Stadtteil und der Innenstadt gemacht und Flugblätter in den Straßenzügen um das Krankenhaus gesteckt. Das Echo bei der Bevölkerung war gut. Überwiegend Interesse und ziemlich einstimmig war der Schimpf über die Politiker, die den Sozialstaat abbauen.

Am Schluß der Kundgebung wurde noch eine Solidaritätsadresse an die Kollegen der AG Weser verabschiedet (schon zu Beginn der Besetzung wurde vom Leiter des Vertrauensleitekörpers im Namen der Vertrauensleute ein Solidaritätsgruß an die Kollegen gerichtet). Anschließend wurden 650 DM gesammelt und eine Delegation von 20 Kolleginnen und Kolle-

gen fuhr zu den AG-Weser-Kollegen um die Grüße und das Geld zu übermitteln.

Während einige hineingingen, diskutierten wir am Tor mit den Kollegen. Die Stimmung scheint ungebrochen. Die freuen sich über jeden Solidaritätsbeweis. Am Vormittag wäre

Betriebliche Friedensinitiative Elektrohauptwerkstatt der Saarbergwerke AG

In tiefer Sorge um den Frieden wenden wir uns an die Öffentlichkeit.

Wir, das sind Arbeiter der Saarbergwerke, die aktiv geworden sind, konkrete Schritte gegen die geplante „Nachrüstung“ zu unternehmen.

Wir fürchten, daß mit der Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles, die Gefahr eines Krieges, und zwar eines führbaren und gewinnbaren Krieges, wächst.

Wir fürchten um unsere Leben und das Leben unserer Familien.

Die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper ist zurückzuziehen.

Alles für den Frieden — alles gegen den Krieg! Deshalb wurde der nachfolgende Aufruf von uns verfaßt und an unsere Gewerkschaft und den DGB gesandt.

Wir bitten Sie, diese Presseerklärung und den beiliegenden Aufruf zu veröffentlichen.

eine Schulklasse dagewesen und brachte 120 DM. Das Geld wollten sie ursprünglich für eine Klassenfahrt ausgeben. Ein kleiner Junge brachte den Inhalt seines Sparschweines von 56 DM. Ein Kollege meinte, durch Spenden sei das Geld, was sie brauchten nicht hereinzubekommen. Aber diese Gesten stärken das Rückgrat. Auf die Frage, ob das Aufgeben bei HDW sie beeinflussen würde, sagten sie: nein! Die Kollegen in Hamburg haben gut gekämpft. Da sei die Möglichkeit der Spal-

tung viel größer gewesen. Hier ginge es um alle Arbeitsplätze. Ihre Hoffnungen sind nicht sehr groß, aber sie wollen nicht klein begeben.

Der Anfang ist getan!

P.S.: Ich vergaß: Bei unserer Demonstration beteiligten sich auch Delegationen der Krankenhäuser links der Weser, Bremen-Nord und St. Jürgen. Auch von der Dienststelle des Senators für Gesundheit und Umweltschutz überbrachte man eine Solidaritätsadresse.

Presseerklärung

An
Vorstand der IGBE-Saar
Vorstand der IGBE
Vorstand des DGB

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Termin für die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen rückt näher. Die Genfer Verhandlungen werden weder Aufschub bringen noch den gänzlichen Verzicht. Um so notwendiger ist es, daß wir uns selbst wehren.

Wir haben unsere geschichtlichen Lektionen von 1914 und 1932/33 begriffen. Hätten die Gewerkschaften damals Widerstand geleistet, wäre den Völkern Europas Elend und Tod erspart geblieben.

Wir leisten heute Widerstand gegen die Politik der US-Regierung, die einen Atomkrieg als führbar und gewinnbar bezeichnet. Mit der Aufstellung der neuen Erstscharflieger, Pershing II und Marschflugkörper, wird das Risiko der Vernichtung Mitteleuropas und

seiner Verfassung einkalkuliert. Im Grab gibt es weder Parlament noch Rechtsstaat noch Verfassung.

Die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper ist zurückzuziehen!

Der Vorstand der IGBE und des DGB wird aufgefordert, dies mit durchzusetzen. Am Ende einer langen Stufenfolge des Protestes sollte, wenn notwendig, auch auf einen Generalstreik gegen die Raketen nicht verzichtet werden.

Eine wichtige Rolle können die Gewerkschaftsorganisationen auch bei der Durchsetzung und Durchführung der Aktionen zur Volksbefragung über die geplante Raketenstationierung spielen.

Der Vorstand der IGBE und des DGB wird aufgefordert darauf hinzuwirken, daß sich all seine Mitglieder, die im Bonner Parlament vertreten sind, aktiv für eine Volksbefragung einsetzen.

Glück auf!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Dettel Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Aus „Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW Hamburg

9 Tage Besetzung — wir haben ein Zeichen gesetzt!

Am 22. September veröffentlichte die Betriebszelle der KPD bei HDW Hamburg die jüngste Ausgabe ihrer Zeitung „Frischer Wind“. Darin ziehen die Genossen erste Lehren ihres Kampfes um den Erhalt der Werft, aus der Betriebsbesetzung. Sicher: Die Diskussion um die Erfahrungen dieses großen Kampfes der HDW-Belegschaft muß gründlich und ausführlich geführt werden, unter verschiedensten Aspekten. Daß dabei die

Neun Tage lang haben wir, die Belegschaft der HDW, Arbeiter und auch Angestellte, deutsche und ausländische Kollegen, Frauen und Männer, die Werft besetzt gehalten. Wir haben bestimmt, was auf der Werft geschehen ist. Wir haben die Tore blockiert und damit zum Ausdruck gebracht, jetzt sind wir die Herren der Werft. Jetzt las-

sen wir uns nicht länger den Willen des Vorstandes der HDW und der Anteilseigner aufzwingen. Jetzt ist Schluß mit Befehl und Gehorsam. Jetzt setzen wir ein Zeichen. Wir sind bereit, alles in die Waagschale zu werfen, um unseren Arbeitsplatz zu erhalten und die Existenz unserer Familien zu sichern. Neun Tage lang haben der Vorstand der HDW, die leitenden Angestellten und ihre Handlanger versucht, uns zu spalten und zu verwirren, uns einzuschüchtern und zu terrorisieren. Aber wir haben standgehalten. Wir haben die Blockade der Tore, die Kontrolle über das gesamte Gelände der HDW aufrechterhalten und haben bestimmt, was in die Werft hineinkommt, was herauskommt, wer die Werft wann zu betreten hat. Wir haben uns selbst verpflegt. Wir haben dafür gesorgt, daß jeder von uns, der an den Torwachen beteiligt war, einen Schlafplatz hatte. Wir haben dafür gesorgt, daß wir uns trotz Telefonblockade verständigen konnten. Wir haben dafür gesorgt, daß trotz Schließung von Container und Küche kein Kollege hungern und dursten mußte. Im Gegenteil. Jeder hatte jederzeit satt zu essen und satt zu trinken. Neun Tage lang haben wir nicht nur Hamburg in Atem gehalten, sondern ganze Teile der Bundesrepublik.

Genossen, die an diesem Kampf beteiligt waren, als erste zu Wort kommen, daß dabei die Schlußfolgerungen, die sie vor der Belegschaft ziehen als erstes in die Debatte gestellt werden, ist wohl sonnenklar. Und eben weil die Diskussion gründlich geführt werden muß, veröffentlichen wir diesen Abdruck aus der Betriebszeitung ganz, ungekürzt, als ersten einer in nächster Zeit folgenden kleinen Reihe von Artikeln.

Von Ahlers bis hin zu Stoltenberg, wir haben es wahrgemacht. Wir haben neun Tage lang gestanden wie ein Mann und ihnen deutlich gezeigt: wir sind nicht mehr bereit, uns widerstandslos in die Knie zwingen zu lassen. Wir sind in der Lage, einen Arbeitskampf aus dem Stand zu organisieren und wirkungsvoll durchzuführen. Wir

Ingenieure und Meister, gespürt, und deshalb haben sie auch gestern erneut erbarungslos zugeschlagen. Das Gerichtsurteil vom Landesarbeitsgericht war noch nicht einmal ausgesprochen, da schickten sie schon ihre Vorgesetzten los, um den Kollegen Entlassungsbefehle auszuhändigen. In manchen Bereichen wurden die Kollegen sogar aufgefordert, heute nicht wieder zur Arbeit zu kommen. Sie sollen aus dem Betrieb die Kollegen, die bereit sind, den Kampf weiter zu führen, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie haben Angst die Herren, daß wir erneut den Kampf organisieren. Denn sie wissen trotz aller Enttäuschung über den Abbruch des Kampfes ist bei vielen Kollegen die Bereitschaft vorhanden, den Kampf jederzeit erneut aufzunehmen und sich nicht mehr alles gefallen zu lassen. Sicher, die Enttäuschung, daß der Kampf nicht weitergeführt wird, sitzt bei denen, die acht Tage lang, die neun Tage lang diesen Kampf mit Mut und Opferbereitschaft geführt haben, tief. Viele Kollegen, die heute erfahren haben, daß auch sie entlassen werden, die nicht damit gerechnet hatten, haben gesagt, wenn ich das gewußt hätte, dann hätte ich anders gestimmt. Viele Kollegen, die aus persönlichen Gründen, die

gegen Arbeitslosigkeit, gegen Vernichtung von Arbeitsplätzen den Kampf aufnehmen muß und kann. Dieses Zeichen wird sicher morgen von anderen Belegschaften aufgenommen werden. Und dann ist es an uns, mit diesem Kampf anderer Belegschaften uns solidarisch zu erklären und sie durch Aktionen zu unterstützen. Aber auch unser Kampf geht weiter.

Jetzt will der Vorstand der HDW, wollen Ahlers, Nadler und Wieske uns mit Arbeit überfluten, wollen uns durch Überstunden vergessen machen, was sie uns und unseren Kollegen angetan haben. Jetzt wollen sie die, die sie um ihren Arbeitsplatz gebracht haben, schnellstens aus dem Betrieb entfernen, um wieder Ruhe und Ordnung in ihrem Sinne herzustellen. Das aber darf ihnen nicht gelingen. Denn es geht nicht nur um die Zukunft der Kolleginnen und Kollegen, die gestern die Kündigung bekommen haben, sondern es geht auch um die Zukunft derer, die noch nicht entlassen werden sollen. Wir haben den Kampf abgebrochen, weil es der Mehrheit nicht mehr möglich erschien, die Arbeitsplätze zu retten. Aber für 1354 Kollegen gibt es noch keinen Sozialplan. Das Unternehmen hat eindeutig erklärt, daß ein neuer Sozialplan erheblich schlechter sein werde als der alte. Auch hier will die schwarze Regierung in Bonn, will der Topmanager Ahlers Zeichen setzen. Zeichen für einen weiteren Sozialabbau für uns Arbeiter und Angestellte. Das muß verhindert werden. Deshalb gilt es, den Kampf weiterzuführen. Weiterzuführen für einen Sozialplan, der dieses Wort noch verdient. Es kann nicht angehen, daß Kollegen, die Jahrzehnte ihre Gesundheit auf der HDW verbraucht haben, daß Kollegen mit drei, vier, fünf, sechs, sieben Kindern, daß Kollegen, die andere Menschen zu versorgen haben, mit ein paar Pfennigen abgespeist werden. Es gilt für alle, der Kampf für einen guten Sozialplan ist nicht nur der Kampf der Kollegen, die entlassen werden, sondern auch der Kollegen, die ihren Arbeitsplatz vorläufig behalten. Die Solidarität der neun Tage Werftbesetzung muß sich deutlich darin ausdrücken, daß wir alle gemeinsam dafür kämpfen, daß mindestens der alte Sozialplan erhalten bleibt.

Die Solidarität erhalten — weiter gemeinsam kämpfen

Kollegen, die ihr gestern und heute eure Entlassungsschreiben erhalten habt, für viele von euch war es niederschmetternd, weil sie nicht damit gerechnet hatten. Viele von euch haben damit gerechnet, aber es war für sie nicht weniger bitter. Jetzt aber heißt es, weiter aufrecht gehen. Gebt den Kampf nicht auf. Laßt uns gemeinsam überlegen, wie wir weiter um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen können. Laßt uns weiter überlegen, wie wir einen anständigen Sozialplan erkämpfen. Laßt uns weiter überlegen, wie wir auch nach erfolgter Entlassung weiter zusammen arbeiten können. Das Signal, das wir gesetzt haben, darf nicht nur im Betrieb nicht verloren gehen, sondern es darf auch bei denen nicht verloren gehen, die jetzt zum Arbeitsamt gehen müssen. Deshalb sollten wir überlegen, ob wir nicht eine Arbeitsloseninitiative ins Leben rufen, um unseren Zusammenhalt zu erhalten, anderen unsere Erfahrung zu vermitteln und uns gegenseitig zu helfen. Kollegen, die ihr heute wißt, daß ihr vorläufig euren Arbeitsplatz behaltet. Übt weiterhin Solidarität mit unseren Kollegen, die jetzt um ihre Existenz bangen müssen. Unterstützt ihre Aktionen im Kampf um einen guten Sozialplan. Wehrt euch gegen jeden Versuch der Unternehmensleitung, uns zu spalten uns wieder unter die Knete zu bekommen. Verweigert jede Überstunde. Besteht jederzeit auf eurem Recht, eure Gesundheit zu schützen. Wir können und dürfen nicht zulassen, daß das Unternehmen über ein neues Entlohnungssystem noch mehr Leistung aus uns herauspreßt, unsere Gesundheit gefährdet und unseren Lohn senkt. Dafür müssen wir heute schon die Weichen stellen, indem wir deutlich machen, daß wir nicht mehr die sind, die wir vor neun Tagen waren. Daß wir jederzeit bereit sind, für unsere Interessen erneut in den Kampf zu treten. Kollegen, sicher ist es schwer, nach einem solchen Schlag gleich wieder Fuß zu fassen, aber es ist nötig.

Kollegen, vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität



HDW
muß
weiterleben —
Hamburg
braucht
die Werften

9 Tage Besetzung

politisch Mächtigen in Bonn und die Unternehmerverbände, die Schiffbaubosse nicht dazu bewegen, ihre Kahlschlagkonzepte zu ändern. An uns, an der Belegschaft der HDW, wollten sie ein Exempel statuieren. Im Staatsbetrieb HDW sollte beispielhaft durchgezogen werden, sind in der Lage, Spaltungsmanövern entgegenzutreten und unseren Arbeitskampf zu organisieren.

Für viele von uns war es der erste Arbeitskampf. Für die meisten von uns wird es nicht der letzte sein. Wir haben viel gelernt in diesem Kampf. Wir

haben gespürt, zu was wir fähig sind, wenn wir geschlossen antreten. Wir haben die Solidarität gespürt, die Stärke, die Mut macht und die Opferbereitschaft eines jeden Kollegen, wenn er weiß, die anderen stehen hinter ihm, wir kämpfen gemeinsam für unsere Sache.

Auch wenn unser Kampf in einer Niederlage geendet hat, so wird das bleiben. Wir, die Belegschaft der HDW, sind nicht mehr die Belegschaft, die wir vorher waren. Das weiß Ahlers. Das haben seine Lakaien wie Overdieck, Kaltner, andere



keine Perspektive für den Kampf mehr sahen und deshalb am Dienstag für den Abbruch der Besetzung, für den Abbruch des Arbeitskampfes, gestimmt haben, die schämen sich heute. Aber es ist auch nicht leicht in einer Situation, wo der Gegner übermächtig erscheint, wo die Hilfe von außen, die Unterstützung durch Aktionen und Streiks aus anderen Betrieben nicht deutlich zu erkennen ist, dennoch den Kampf weiterzuführen. Deshalb bleibt eines: wir haben ein Signal gesetzt. Wir haben gezeigt, daß man

Viele Menschen, Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose und Jugendliche, sie alle haben auf uns gesehen. Sie alle haben uns den Daumen gedrückt, haben uns mit Solidaritätsspenden unterstützt. Sie sind zu uns gekommen und haben zum Ausdruck gebracht: wir sind bei euch, wir unterstützen das, was ihr tut. Haltet durch. Euer Kampf ist auch unser Kampf.

Neun Tage lang haben wir Politiker in Hamburg und Bonn in Atem gehalten. Neun Tage lang waren sie gezwungen, sich mit uns zu beschäftigen. Sie wa-

was marktwirtschaftliche Lösung heißt. Sanierung auf Kosten der Belegschaft. Sanierung auf Kosten der Arbeiter- und Angestelltenfamilien. Dieses Konzept durchzusetzen, scheint ihnen gelungen zu sein.

Aber was sie nie geglaubt hatten, was sie mit allen Mitteln versucht hatten zu verhindern,

Erklärung der HDW-Belegschaft

Zum Abschluß der Betriebsbesetzung veröffentlichte die HDW-Belegschaft die Erklärung zur Beendigung ihrer Aktion, die wir im folgenden im Wortlaut wiedergeben.

„In geheimer Urabstimmung haben heute alle auf der HDW anwesenden Kolleginnen und Kollegen darüber abgestimmt, daß ab Dienstag, dem 20. September, um 16.00 Uhr die Betriebsbesetzung der HDW Hamburg aufgehoben wird. Die Aktionsleitung und ihre Sprecher haben für diese neun Tage Betriebsbesetzung das volle Vertrauen bei drei Gegenstimmen erhalten. Neun Tage lang hat die Belegschaft der HDW-Werft den Betrieb besetzt und nicht gearbeitet. Neun Tage haben wir aus Notwehr mit dem Mittel der Betriebsbesetzung um unsere Arbeitsplätze gekämpft. Wir haben für viele Bürger unseres Landes ein Signal gesetzt, endlich überall in den Betrieben gegen Entlassung und Arbeitsplatzvernichtung zu kämpfen. Unsere Geschlossenheit und Solidarität hat dazu geführt, daß viele Bürger aus Hamburg und der BRD sich mit uns solidarisch erklärt haben. Über 300000 DM Solidaritätsspenden gingen bis heute bei uns ein. Dennoch war der Druck und die Gefahr für viele unserer Kollegen einschlagend, sich für eine Beendigung der Betriebsbesetzung auszusprechen. Die Anteilseigner und der HDW-Vorstand haben brutal und unmenschlich alles darangesetzt, die

Belegschaft der HDW einzuschüchtern und zu verängstigen. Eventuelle fristlose Kündigungen, Sperrungen des Arbeitslosengeldes, Verlust der Ansprüche aus dem Sozialfonds haben dazu geführt, daß viele Kollegen sich dafür entschieden haben, die Besetzung zu beenden. Die unheilige Allianz der Politiker in Bonn und der Unternehmerverbände hat dazu geführt, daß alles darangesetzt wurde, das Signal, das HDW mit neun Tagen Betriebsbesetzung gegeben hat, auszulöschen.

Wir erklären hiermit: Unsere Forderungen an diese Bundesregierung, an die Verantwortlichen der HDW bleiben bestehen. Wir brauchen Verhandlungen zwischen den Politikern, dem HDW-Vorstand, dem Betriebsrat und der IG Metall. Für die HDW-Belegschaft war die Besetzung eine gerechte Sache, um für das Recht auf Arbeit einzutreten, das uns vorenthalten wird. Wir haben den Mut nicht verloren. Wir werden weiter für unsere gerechte Sache eintreten. Wir danken allen Kollegen, die sich für die Arbeitsplätze auf HDW eingesetzt haben. Wir rufen den Kollegen der AG Weser zu: Macht weiter, wir stehen hinter euch.“

„Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, der wird ihn brauchen.“

Das obige Zitat von Bertolt Brecht findet sich in einem Antrag an den 14. Gewerkschaftstag der IG Metall, der vom 9. bis zum 15. Oktober in München stattfinden wird. Der Antrag wird vom Jungendausschuß beim Vorstand gestellt. Er dokumentiert — neben zahlreichen anderen — den Fortschritt der Diskussion über den antifaschistischen Kampf und den dafür notwendigen Einsatz der organisierten Arbeiterschaft innerhalb der Gewerkschaften.

In diesem Antrag — Nummer 163 — wird nach einem Hinweis auf die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 auf die Gefahren einer reaktionären und faschistischen Entwicklung heute hingewiesen. Und zwar werden in erster Linie die Bemühungen der Unternehmer und ihrer Verbände genannt, in der Zeit der Wirtschaftskrise „durch Aushöhlung erkämpfter Rechte ihren Handlungsspielraum zur Sicherung der Profite zu erweitern“.

Unter der Überschrift „Inhalte und Ziele konservativer Politik“ heißt es an anderer Stelle unter anderem:

„Gleichzeitig mit dem Abbau demokratischer Rechte im Betrieb erleben wir das Erstarken konservativer politischer Kräfte. Auch ihr Hauptziel besteht letztendlich in der Absicherung der Handlungsfreiheit für die Unternehmer zur Sicherung der Profite.“

Dieses Ziel versuchen konservative Politiker wie Strauß, Kohl, Genscher, Lambsdorff und andere vor allem auf drei Wegen zu erreichen:

1. Einerseits durch Sozialabbau bei den abhängig Beschäftigten und andererseits mit Steuergeschenken, Subventionen und anderen Vergünstigungen für die Unternehmer;

2. durch militärische Ausrüstung der Polizei, Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und weiteren Abbau demokratischer Rechte mit dem Ziel, alle politischen Kräfte, die sich gegen einen konservativen Kurs zur Wehr setzen, zu kontrollieren und zu disziplinieren;

3. durch eine ideologische Großoffensive, die die abhängig Beschäftigten verunsichern, spalten und ihre Unzufriedenheit zum Nutzen der Unternehmer fähig machen soll.

Bundesweites Initiativentreffen

„Bürger kontrollieren die Polizei“

Vom 16. bis zum 18. September trafen sich in Bremen etwa 70 Vertreter von Initiativen, die unter dem Motto der „öffentlichen Polizeibeobachtung“ arbeiten, aus 12 Städten.

Nach längerer Diskussion und ausgiebigem Erfahrungsaustausch kamen die Teilnehmer laut „taz“ zu folgenden Ergebnissen:

„1. Weiterhin wollen die Initiativen Fälle polizeilicher Willkür veröffentlichen und den Opfern Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstelle sein. Parallel dazu sollen die Hintergründe und die Entwicklungen im Polizeiapparat aufgeklärt werden.“

2. In Erwartung der Herbstlichen Friedensdemonstrationen wollen die Initiativen in Zusammenarbeit mit anderen Ermittlungsausschüssen und Organisationen das Vorgehen der Polizei beobachten und auswerten sowie aktiven Friedensfreunden durch ein Rechtshilfeeinwo mehr Sicherheit geben. Demonstrationen sind ebenfalls aufgerufen, der Polizei auf die Finger zu schauen.

3. Verschiedene grundsätzli-

che Forderungen wurden verabschiedet: die offene Kennzeichnung von Polizeibeamten durch Namen oder Dienstnummer; die freie Einsicht in Polizeiakten durch jeden Bürger und die unbeschränkte Beantwortung aller Parlamentsanfragen zum Bereich „innere Sicherheit“ und der Verzicht auf polizeipolitische Waffen wie Knüttel, Pistolen, CNS- oder CS-Gas, um Eskalationen durch den Einsatz der Staatsgewalt zu verhindern.

4. Das Bundestreffen verurteilte jegliche Form von Deeskalationsgesprächen, da es darin den Versuch sieht, die Friedensaktionen kalkulierbar zu machen, Teilnehmer als Hilfspolizisten zu rekrutieren und die Protestbewegung zu spalten. Solcherlei Gespräche seien Teil einer vorbeugenden Befriedungsstrategie, die auch in anderen Bereichen der politischen Auseinandersetzung Schule machen würde.“

Ein wichtiger Bestandteil dieser ideologischen Offensive der konservativen Kräfte ist der Aufbau eines inneren und äußeren Feindbildes.

Demnach sind es im Innern vor allem die Ausländer, die Arbeitslosen, die Aussteiger, die sogenannten Systemveränderer und andere, die angeblich Demokratie und Wohlstand gefährden. Gleichzeitig wird durch das Wiederaufleben des kalten Krieges die vermeintliche Bedrohung aus dem Osten aufgebaut.

Innenpolitisch geht es um den Abbau von Arbeitskampfrecht, Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit, außenpolitisch geht es um die Durchsetzung der Aufrüstung.“

Der Antrag weist auf die gefährliche Arbeit der Neonazis unter den Jugendlichen hin — und zeigt Zusammenhänge auf:

„Mit anhaltender Krisensituation werden immer mehr gesellschaftliche Ideale entwertet; eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes verstärkt den Verfall von Wertvorstellungen, wie zum Beispiel Toleranz, Fairneß, Solidarität usw. Jugendliche, die in ihren Erwartungen gegen-

über der Gesellschaft enttäuscht und orientierungslos sind, suchen diesen Wertverlust durch neue Vorbilder und Ideale auszugleichen.“

„Sie begehren neue, feste Hoffnungen, neue unerschütterliche Ideale, eine Weltanschauung, auf Grund derer sie die Natur, die Gesellschaft, ihr eigenes Leben begreifen, eine Weltanschauung, die nicht unfruchtbare Formel ist, sondern schöpferisch gestaltend wirkt.“ (Clara Zetkin: „Der Kampf gegen den Faschismus“, 1923).“

Unter „Aufgaben und Forderungen“ heißt es abschließend:

„Daher besteht die wichtigste antifaschistische Aufgabe der Gewerkschaften darin, diese Zusammenhänge aufzuzeigen und deutlich zu machen, daß weder übersteigertes Anspruchsdenken noch der Verfall von Wertvorstellungen, sondern das kapitalistische System selbst die Ursache der Krise ist. Erst die Ablösung des am privaten Profit orientierten Systems durch Demokratie im Betrieb und Gesellschaft ermöglicht die Überwindung der Krise im Interesse der arbeitenden Menschen.“

Deswegen heißt es auch im § 2 der Satzung der IG Metall: „Wir treten ein für die Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen.“

Die IG Metall setzt sich mit ihrer ganzen Kraft für dieses Ziel ein.

Entsprechend unseren Grundsätzen „aus der Geschichte zu lernen“ fordern wir alle demokratischen Kräfte, unabhängig ihrer politischen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugung auf, gemeinsam gegen die sich abzeichnenden neofaschistischen Tendenzen zu kämpfen.

Allen Versuchen, Gewerkschafter, die sich entsprechend dieser Zielsetzung einsetzen, als Kommunisten zu diffamieren, erteilen wir eine deutliche Absage. Die Gründer der Einheitsgewerkschaft waren sich einig, daß nur der gemeinsame Kampf aller demokratischen Kräfte ein Wiederentstehen des Faschismus verhindern kann.

Alle Gremien der Organisation werden aufgefordert, entsprechend der gewerkschaftlichen Beschlüsse diesbezügliche Aktionen zu unterstützen bzw. durchzuführen.

Wir fordern deshalb:

• den Ausbau demokratischer Rechte

durch eine Wirtschaftspolitik, deren vorrangiges Ziel die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist,

durch Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft,

durch das Verbot der Aussperrung,

durch den Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung abzusichern.

• Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte

durch die Garantie für eine freie politische Meinungsäuße-

rung besonders in den Betrieben und Verwaltungen,

durch die Abschaffung der Berufsverbote im öffentlichen Dienst und die Verhinderung von Berufsverböten in der Privatwirtschaft,

durch politische, gewaltfreie Lösungen gesellschaftlicher Konflikte anstelle weiterer Militarisierung der Polizei.

• Schluß mit dem Mißbrauch von demokratischen Rechten durch Auflösung der SS-Traditionsverbände,

durch Verbot aller rechtsradikalen Vereinigungen und Parteien,

durch das Verbot von Herstellung und Verbreitung rechtsradikaler und neofaschistischer Gedankengüter in jeglicher Form.“

Verhindert den NPD-Parteitag

Zur Verhinderung des NPD-Bundesparteitags, der am Wochenende in Fallingbosten stattfinden soll, hat sich eine breite Aktionseinheit zusammengefunden. Auch Gewerkschafter und Gewerkschaftsorganisationen wollen aktiv dabeisein und fordern vom DGB, die objektiv als Konkurrenzveranstaltung zu den geplanten Aktivitäten vor Ort vorgesehene Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus, die in Bergen-Belsen stattfinden soll, nicht zu diesem Zeitpunkt durchzuführen.

In Flugblättern und Presseerklärungen machen die Antifaschisten im norddeutschen Raum auf den Parteitag und die Notwendigkeit des Kampfes gegen die NPD aufmerksam. Die NPD wird übereinstimmend als legaler Arm der Faschisten und „Durchlaufröhre“ für die militanten faschistischen Banden bezeichnet. Die Verbindung zwischen den Aktivitäten der NPD und beispielsweise der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten der Terroristenführer Kühnen, Brehl und Marx soll auch auf dem Parteitag deutlich werden: Es soll nämlich, so heißt es in einem Hamburger Flugblatt, über die Ergebnisse der „Aktion Ausländerückführung“ (AAR) bei den Landtagswahlen in Hessen vom 25.9. beraten. Die AAR wird von Brehl und Marx geführt.

Die gemeinsame Grundlage der Aktionseinheit für die Ak-

tionen in Fallingbosten wird in folgenden Forderungen zum Ausdruck gebracht:

• Aufhebung des Mietvertrags, der mit der NPD über die Heidmarkhalle geschlossen worden ist!

• Verhindert den NPD-Parteitag in Fallingbosten und anderswo!

• Verbot der NPD!

Eine Anmerkung zum letzten Block: Die Bezeichnung „Kommunist“ ist gar keine Diffamierung... Brecht und Zetkin waren Kommunisten, ihre Partei war die KPD. Wir kämpfen heute nach wie vor für ihre Ziele...

Aber: den Antrag zeichnet gerade aus, daß er der unheilvollen Extremismus-Theorie des „Rechts gleich Links“, die ja in der Tat zumindest in den Vorständen verschiedener Gewerkschaften noch massiv vertreten wird, nicht entspricht. Daß er sich inhaltlich und in den ausschlaggebenden Formulierungen ganz eindeutig gegen rechts wendet, und daß er unter rechts nicht allein die Neonazis, sondern die ganze Reaktion, die Politik des Kapitals für eine Krisenbewältigung im Interesse der Profitsicherung versteht. Daß er in den notwendigen Abwehrkampf den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit mit einbezieht. Und weitere Punkte ähnlicher Qualität. Dazu gehören die Forderungen nach dem Verbot der Aussperrung, dem Verbot der Nazi-Organisationen usw.

Diese grundlegende antifaschistische Stoßrichtung findet unsere Unterstützung. Es ist zu hoffen, daß der Antrag auf dem Gewerkschaftstag angenommen wird. Und daß er zur Grundlage gewerkschaftlicher Aktivitäten genommen wird. Auf jeden Fall ist er eine Grundlage für die Arbeit aktiver Gewerkschafter, nicht allein in der IG Metall. Dazukommen müßte — und der Stoßrichtung des Antrages entspräche es — wenn endlich Schluß gemacht würde mit der Diffamierung ausgerechnet der Kommunisten als „Gewerkschaftsfeinde“, wenn die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen links fielen. Denn wenn der Antrag zu Beginn die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus beschwört und auf die geschichtlichen Erfahrungen verweist, dann hat eine Politik des Ausgrenzens der Linken aus den Gewerkschaften offensichtlich keinen Platz mehr. Gemeinsam gegen rechts, gegen Reaktion und Faschismus — jeden Schritt in diese Richtung wird die KPD, werden unsere Genossen in Betrieb und Gewerkschaften entschieden unterstützen.

tionen in Fallingbosten wird in folgenden Forderungen zum Ausdruck gebracht:

• Aufhebung des Mietvertrags, der mit der NPD über die Heidmarkhalle geschlossen worden ist!

• Verhindert den NPD-Parteitag in Fallingbosten und anderswo!

• Verbot der NPD!

Die gemeinsame Grundlage der Aktionseinheit für die Ak-



DGB-Demonstration in Augsburg, November 1980

Korrespondenz aus Darmstadt

Heißer Empfang für Zimmermann

Am 16. September hatte Innenminister Zimmermann in Groß-Gerau einen Auftritt im Rahmen des hessischen Wahlkampfes, übrigens den einzigen dieser Art in Hessen.

Die Volksfront in Darmstadt und Groß-Gerau, auch einige KPD-Genossen, hatten beschlossen, etwas zu der Veranstaltung „beizutragen“, in Groß-Gerau mobilisierten der deutsch-ausländische Freundeskreis, Gewerkschaften und verschiedene linke Organisationen dorthin. Am Nachmittag war eine Demonstration mit Menschenkette, allerdings nur schlecht besucht, da zu früh.

Am Abend strömten schon früh (eine Stunde vor Beginn) Teilnehmer, vor allem jüngere, in den Saal, der am Anfang der Veranstaltung voll war. Die Luft knisterte vor Spannung: zwei Drittel der Anwesenden waren Gegner von Zimmermann; einige wurden gar nicht hineingelassen von den CDU-

Ordern und dem massiven Bullenaufgebot. Die Kirmeskapelle überzog ihr Programm und spielte bis 20.40 Uhr, obwohl Zimmermann schon um 20.00 Uhr anfangen sollte: Die Veranstalter hatten zweifellos die Hose voll.

Um 20.40 Uhr: Es geht endlich los. Ein CDUler kündigt Zimmermann an, der mit Pfeifen und Sprechchören empfangen wird. Man hört ihn kaum noch, nur die Rufe „Zimmermann — Mörder“ und „Faschisten raus“. Verschiedene Leute halten das Flugblatt der KPD zum Tod von Kemal Altun hoch, das ein Genosse im Saal verteilt hat. Der CDUler erzählt etwas von Zimmermanns Umweltschutzleistungen — Sprechchöre: „Keine Startbahn West“. Wenn es drinnen ruhiger ist, hört man draußen die Demonstrationen, die nicht hineingelassen wurden.

Der Veranstaltungsleiter droht damit, den Saal räumen

zu lassen; einige Ordner fangen Streit an mit den „Störern“, trauen sich aber nicht recht, da zu viele da sind.

Dann versucht Zimmermann zu reden. Der Lärm geht erst richtig los, die Trillerpfeifen kommen zum Einsatz. Da Zimmermann absolut nicht zu hören ist, gibt er nach fünf Minuten wieder Ruhe; die CDU berät sich. Schließlich, nach Drohungen ohne Erfolg, läßt die CDU den Saal mit einem massiven Polizeiaufgebot räumen. Die Bullen schlagen wild um sich; im Saal ist nichts mehr zu machen. Der einzige Trost: Auch einige CDUler haben was abgekriegt...

Nach einer Viertelstunde kann die CDU schließlich weitermachen: Mit Unordnung, umgeworfenen Möbeln, Stinkbomben und vor einem ziemlich leeren Saal. Und draußen geht der Lärm weiter.

F., Darmstadt

Nach 20 Monaten Haft und 3 Wochen Hungerstreik

Zeynel Aydindag ist frei

Nachdem der türkische Asylbewerber Zeynel Aydindag 20 Monate in Düsseldorf in Auslieferungshaft gehalten wurde — er sollte in die Türkei abgeschoben werden — trat er am 5. September in einen unbefristeten Hungerstreik. „Zeynel Aydindag ist nicht mehr gewillt, aus der Haft heraus das Tausziehen um sein Schicksal zu beobachten“, erklärte sein Rechtsanwalt. Jetzt wurde Aydindag freigelassen — die Türkei fand sich nicht dazu bereit, die Zusicherung abzugeben, daß er nicht zum Tode verurteilt würde.

Zeynel Aydindag wurde von der faschistischen Junta wegen seiner angeblichen Beteiligung

an einem Mord verfolgt. Dieser Vorwurf wird aus Ankara immer wieder gegen Antifaschi-

sten erhoben, weil er den Verfolgten die Erlangung politischen Asyls im Ausland erschwert und in der Bundesrepublik praktisch unmöglich macht. Allerdings haben die türkischen Behörden bisher immer versichert, eine Todesstrafe — die einer Auslieferung entgegensteht — käme nicht in Betracht. Oft genug haben sie dabei gelogen.

Diese Versicherung haben sie in diesem Fall nicht gegeben,

und so mußte die Auslieferungshaft gegen Zeynel Aydindag aufgehoben werden. Der Verfolgte ist — zumindest vorerst — wieder frei.

Damit ist noch kein Schritt getan, um die kriminelle Auslieferungspraxis der Bundesrepublik zu revidieren. Aber auch dafür war Zeynel Aydindag in den Hungerstreik getreten: daß die Bundesregierung einen generellen Auslieferungsstopp politisch ausfolgt an die Türkei verfügen solle. Diese Forderung besteht weiter. Die Schreibtischmorde der bundesdeutschen Behörden müssen gestoppt werden!

Das ehemalige „Komitee für die Freilassung von Cemal Kemal Altun“ hat vor kurzem eine Unterschriftensammlung gestartet, die sich gegen die Auslieferungspraxis der Bundesrepublik Deutschland richtet. Wir dokumentieren den Wortlaut der Resolution nachstehend. Die Redaktion des „Roten Morgen“ hat sie bereits unterzeichnet. Listen können bestellt werden bei Cafer Cebe, Sömmerringstr. 42, 5000 Köln 30, Tel. 0221 / 518783 (in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr). Zu den Erstunterzeichnern gehört neben anderen auch der verfolgte Regisseur Yilmaz Güney.

Gegen die Auslieferungspraxis der Bundesrepublik Deutschland

Cemal Kemal Altun ist tot. Er starb am Morgen des 30. 8. 1983, als er sich während einer Gerichtsverhandlung zur Anerkennung seines Asylanspruchs aus dem 6. Stock des Berliner Verwaltungsgerichts stürzte. Cemal Kemal Altun hat somit seine Auslieferung, gegen die tausende von Menschen in aller Welt protestierten, selbst verhindert. Er zog den Freitod einer Auslieferung durch die Bundesregierung in die Hände der Folterschergen der türkischen Militärdiktatur vor.

Wie nach Altuns Tod bekannt geworden ist, hat sich Bundesinnenminister Zimmermann am Tag seiner Rückkehr aus Ankara in einem Schreiben an das Justizministerium vehement für die Auslieferung von Altun eingesetzt. Auch das Bundesjustizministerium hat mit Schreiben vom gleichen Tag gegenüber Außenminister Genscher den Vollzug der Auslieferung erbeten. Alle diese Tatsachen führen dazu, daß wir dem heute von allen Seiten ausgesprochenen Bedauern keinen Glauben schenken können. Vielmehr glauben wir, daß die Bundesregierung und besonders das Innenministerium unter Friedrich Zimmermann eine politische und moralische Mitschuld am Tod von Cemal Kemal Altun trifft.

Wir können Cemal Kemal Altun nicht wieder lebendig machen. Doch wir können uns dafür einsetzen, daß rund 300 Menschen, für die ebenfalls ein Auslieferungsverfahren anhängig sein wird, nicht das gleiche Schicksal widerfährt.

- Sofortige Suspendierung des Auslieferungsabkommens mit der Türkei!
- Keine Auslieferung während des Asylverfahrens und anerkannter politischer Flüchtlinge!
- Die Bundesregierung möge sich der Staatenklage bei der europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg anschließen!

Ich unterstütze den Aufruf

Unterschrift, Anschrift, Beruf oder Titel

Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden

Eine Spende auf das Spendenkonto habe ich in Höhe vonDM überwiesen.

OLG Hamm:

Kein Asyl nach „politisch motivierter Tötung“

Wieder fand sich ein bundesdeutsches Gericht bereit, die mit Hochdruck betriebene Politik der Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl höchststrichlich abzusegnen: Das Oberlandesgericht Hamm erklärte in einem Beschluß, wer von einem Staat wegen eines Tötungsdeliktes verfolgt werde, sei nicht politisch Verfolgter im Sinne des Grundgesetzes und habe keinen Anspruch auf Asyl.

Der 4. Strafsenat des OLG Hamm erklärte die Auslieferung eines Asylbewerbers in die Türkei für zulässig, dem nach Angaben eines Justizsprechers ähnlich wie im Fall Kemal Altun von den türkischen Behörden die Beteiligung an einem politisch motivierten Tötungsdelikt zur Last gelegt wird. Ein Asylanspruch wurde mit dem Hinweis verneint, dem Verfolgten drohe keine Todesstrafe.

Auch der Fall Kemal Altun gäbe, so wurde ausdrücklich erklärt, keinen Anlaß zu einer anderen Beurteilung. Es sei unmöglich, „Auslieferungen an die Türkei wegen der besonderen politischen Situation generell zu verweigern“, eine Asylgewährung im vorliegenden Fall wurde gar als „Bruch innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen Rechts“ gewertet.

Damit soll es weiter möglich

sein, den Henkern in Ankara ihre entkommenen Gegner in die Hände zu liefern. Es genügt ein Tötungsvorwurf, der leicht zu konstruieren ist. Eine solche Entscheidung unter bewußter „Würdigung“ des Todes von Kemal Altun zu fällen, belegt den besonderen Zynismus bundesdeutscher Gerichtsbarkeit.

Das Urteil besagt auch: Niemand, der in irgendeinem Land mit der Waffe in der Hand gegen die Aufrichtung einer Diktatur gekämpft hat — und beweist nicht ein Blick nach Mittelamerika, daß man dazu die Waffe in die Hand nehmen muß? — kann bei einer Niederlage damit rechnen, in der Bundesrepublik Asyl zu finden. Denn er hat getötet.

Mit rechten Diktaturen lassen sich gute Geschäfte machen. Menschenopfer erleichtern den Handel. Diese Logik des Kapitals bestimmt die Moral auch der Justiz in diesem Lande: kapitalistische Klassenjustiz.

Bewahren wir die Moral des Widerstandes. Schluß mit den Auslieferungen an die Türkei! Schluß mit der Zusammenarbeit Bonn-Ankara!

Ein Bericht über das Treffen der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit, das am letzten Wochenende in Köln stattfand, erscheint im nächsten RM.

„Heranziehen und abstoßen“

Oder: Was die deutsche Industrie schon immer von den Ausländern wollte



„Die Möglichkeit für die deutsche Industrie, ausländische Arbeiter heranzuziehen, ist wertvoll, besonders in Zeiten der Hochkonjunktur, wenn es gilt, den sprunghaft gestiegenen Bedarf des heimischen wie ausländischen Marktes zu befriedigen. Andererseits ist die Industrie bei dem Abflauen der Konjunktur und einer Erleichterung

des Arbeitsmarktes in der Lage, zunächst die ausländischen Arbeiter abzuwerfen, die somit für die einheimischen Arbeiter sozusagen als Konjunktur-Puffer, als Sicherheitsventil für deren kontinuierliche Beschäftigung dienen.“

(Aus einem Referat auf dem 2. Deutschen-Arbeitsnachweiskongress, Breslau 1910)

„Packt euer Bündel und geht!“

„Vor 20 Jahren war (...) der typische Gastarbeiter 20 bis 35 Jahre alt, ungeheuer fleißig und extrem anspruchslos. Einmal im Jahr fuhr er nach Hause — und beantragte neun Monate später Kindergeld. Wurzeln schlug er in Deutschland nur selten. Als 1966/67 der erste Konjunkturerinbruch der Nachkriegszeit eintrat, packte eine Million Gastarbeiter ihre Koffer.“

Der Arbeitsmarkt schien sich in der Tat wie erhofft zu regeln. Stand Deutschlands Wirtschaft unter Volldampf, dann wartete ein Millionenheer von Arbeitswilligen gleichsam

abrufbereit hinter Alpen, Bosphorus und Pyrenäen. In schlechten Zeiten packten sie ihr Bündel und gingen.

Schon bei der nächsten Krise 1974 mußten jedoch Politik und Arbeitsmarktstrategen erkennen, daß das Rotationsprinzip nicht mehr funktioniert.“

(Aus: „Der Report: Ausländer — Gefahr für den Frieden“ — !! —, erschienen in der kapitalistenfreundlichen Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ 6/82)

• Die Hoffnung der Kapitalisten wurde also enttäuscht. Daraufhin ging es dann so richtig los mit der Ausländerhetze. Jetzt

sollten unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitbürger aus dem Ausland plötzlich Schuld sein an der Krise, an der Arbeitslosigkeit, an leeren Staatskassen —, weil sie sich nicht mehr wie Vieh verschieben ließen. Weil sie hier nicht nur arbeiten, sondern auch leben wollten.

Jetzt sollen sie „raus“ — erst die, die bereits arbeitslos sind, dann nach und nach auch die meisten anderen. Sie werden „ersetzbar“ gemacht. Pläne zur

— wenn nötig: gewaltsamen — „Rückführung“ liegen in den Schubladen des Innenministeriums.

Laßt es nicht zu!

Die beiden Karikaturen haben wir dem Buch „Die in der Fremde arbeiten...“ entnommen, das vor kurzem im Trikont Verlag Duisburg erschien (Preis: 18 DM).



ROTER MORGEN

Extrablatt



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Extrablatt

17. Jahrgang



Die HDW-Besetzung: Ein Signal für den Kampf gegen Kahlschlagpläne

Wie weiter? — Gegen die Pläne der Bosse und ihrer Bonner Regierung

Über 80000 Arbeitsplätze im Stahlbereich, über 20000 auf den Werften seit 1975 vernichtet! Arbeitslosenzahlen von 13 Prozent bis 17 Prozent in den Stahlrevieren und an der Küste! Tausende von fehlenden Ausbildungsplätzen im Revier, im Saarland und den anderen „Problemregionen“!

Das ist die Lage! Massenentlassungen bei Arbed Saarstahl, HDW und AG Weser geplant bzw. schon durchgeführt!

Vernichtung weiterer 15000 Arbeitsplätze auf den Werften, über 35000 in den Stahlbetrieben innerhalb der nächsten zwei Jahre von den Industriearbeitern und Bankbossen beschlossen! Abbau von übertariflichen Leistungen, Werksrenten und sonstigen — von uns in langen Jahren erkämpften — Sozialleistungen! Verödung ganzer Regionen — mit Arbeitslosenzahlen über 20 Prozent schon in diesem Winter!

So sind die Zukunftsaussichten, wenn sich die nur am maximalen Profit interessierten Herrn aus den Vorstandsetagen und Bankpalästen gegen uns durchsetzen!

Organisierte Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung tut not!

Bilder von erfrorenen, verhungerten Menschen — im letzten Winter kamen sie über den Bildschirm — aus den USA. 980 alte Menschen, die im Großraum London in einem der letzten Winter starben — Nachrichten aus Großbritannien.

Und unter dem gleichen Sprichwort der „Wende“, wie in diesen beiden Ländern, ist auch die Kohl/Genscher-Regierung angetreten — die für diesen Winter angekündigten Zahlen von über 3 Millionen Arbeitslosen im Bundesgebiet sprechen eine deutliche Sprache von dem, was uns erwarten soll.

Deshalb ist nicht Rückzug, nicht etwas soziale Abfederung gefragt, sondern nötig ist Widerstand; nicht Sozialpartnerschaft kann uns helfen, sondern entschiedener Klassenkampf gegen die Krisenverursacher und Krisenprofiteure!

Doch damit steht's in den Vorstandsetagen der IGM und des DGB nicht gut:

- seit Monaten wird die Forderung aus den Stahlbetrieben, daß die IGM den Kampf um die Verstaatlichung der Stahlindustrie mit Arbeitsplatzgarantie aufnehmen muß, abgewürgt!

- Obwohl zu 100 Prozent in der IGM organisiert, stimmen immer wieder Aufsichtsräte neuen Konzepten zu — verbun-

den mit neuen Entlassungen (über Sozialplan) — wie sie von den Unternehmensvorständen vorgelegt werden. Dadurch wird über Quotenausschüttung und ähnliches im Stahlbereich das vollzogene, was die Moderatoren Anfang des Jahres vorschlugen — und es wird keine einheitliche Front der Ablehnung organisiert.

- Gemeinsam mit der Wirtschaftsvereinigung — dem Kapitalistenverband der Stahlindustrie — fordert der IGM-Vorstand, den westdeutschen Anteil an der EG-Stahlproduktion zu halten, und wettert gegen Subventionen in anderen obwohl z.B. klar ist:

Trotz Subventionen ist der Anteil der bundesdeutschen Stahlproduktion in der EG unverändert bei ca. 32% geblieben. Damit kann die Subventionspolitik nicht Ursache für unsere Stahlkrise sein!

Belegschaftsentwicklung EG — Eisen- und Stahlindustrie			
	Arbeitnehmer 1974	Abbau Arbeitnehmer bis 1983	
Frankreich	156000	— 63600	— 40,8%
Italien	94000	— 2300	— 2,4%
Niederlande	24000	— 3800	— 15,8%
Belgien	64000	— 23700	— 37,0%
Luxemburg	23000	— 11300	— 49,1%
England	198000	— 130600	— 66,0%
BRD	231000	— 63000	— 27,3%

Der Exportüberschuß der BRD ist in den letzten Jahren im wesentlichen unverändert geblieben. (jeweils in Millionen Tonnen, umgerechnet in Rohstahlgewicht — EG-Zahlen)

	1977	1978	1979	1980	1981
Stahlimport	9,6	8,7	8,6	6,9	8,7
Stahlexport	13,4	15,2	15,0	13,4	15,6
Nettoexport	3,8	6,5	6,4	6,5	6,9

(Aus: Stahlsplitter, August 1983, IGM Salzgitter/Peine).

- Die Führung der Gewerk-

schaft Bergbau und Energie zieht es z.B. heute vor, in trauter Runde mit den Herren der Atomlobby (Kohl und Lambsdorff) über Zechenschließungen zu verhandeln, anstatt die Kumpel mit zur heutigen Demonstration zu rufen!

Für eine grundsätzliche Wende in der Politik unserer Gewerkschaften!

Wie die von der Bundesregierung geforderten Massenentlassungen bei Arbed Saarstahl zeigen, werden Kapitalisten und die Schwarzen in Bonn immer dreister, wenn wir ihnen nicht entschieden entgegenreten. Deshalb:

Trotz Subventionen ist der Anteil der bundesdeutschen Stahlproduktion in der EG unverändert bei ca. 32% geblieben. Damit kann die Subventionspolitik nicht Ursache für unsere Stahlkrise sein!

Belegschaftsentwicklung EG — Eisen- und Stahlindustrie			
	Arbeitnehmer 1974	Abbau Arbeitnehmer bis 1983	
Frankreich	156000	— 63600	— 40,8%
Italien	94000	— 2300	— 2,4%
Niederlande	24000	— 3800	— 15,8%
Belgien	64000	— 23700	— 37,0%
Luxemburg	23000	— 11300	— 49,1%
England	198000	— 130600	— 66,0%
BRD	231000	— 63000	— 27,3%

Der Exportüberschuß der BRD ist in den letzten Jahren im wesentlichen unverändert geblieben. (jeweils in Millionen Tonnen, umgerechnet in Rohstahlgewicht — EG-Zahlen)

	1977	1978	1979	1980	1981
Stahlimport	9,6	8,7	8,6	6,9	8,7
Stahlexport	13,4	15,2	15,0	13,4	15,6
Nettoexport	3,8	6,5	6,4	6,5	6,9

(Aus: Stahlsplitter, August 1983, IGM Salzgitter/Peine).

- Die Führung der Gewerk-

um jeden Arbeitsplatz!

Also nein zu allen Konzepten der Stahl- und Werftbarone, in den Aufsichtsräten, Betriebsräten und den Belegschaften! Organisierter Widerstand vor Ort gegen jede geplante Stilllegung einzelner Werksteile oder ganzer Werke!

Nicht Vertröstung auf Ersatzarbeitsplätze, sondern kompromißlose Verteidigung der vorhandenen Arbeitsplätze!

Dazu sofortige Vorbereitung der Tarifrunde 84 zur Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Ein Schritt dazu ist:

- Die Betriebsräte müssen sofort alle beantragten Überstunden und Mehrarbeit ablehnen!
- Boykott von Mehrarbeit durch die Stahl- und Werftarbeiter! Dies ist wichtig, da sowohl auf den Werften, wie in den Stahlbetrieben, neben Kurzarbeit in einer Reihe von Betrieben gleichzeitig noch Mehrarbeit verfahren wird!

Nicht auf Verhandlungen mit der Regierung setzen, sondern Kampfkraft an allen Stahl- und Werftstandorten zur Verteidigung und Durchsetzung unserer Interessen!

Dazu zählt die Organisation einer gemeinsamen Front zur Durchsetzung der „Verstaatlichung der Stahl- und Werftindustrie“. Sicher — HDW oder auch Peine-Salzgitter sind „verstaatlicht“. Aber es ist dies eben eine typisch kapitalistische Art der Verstaatlichung — eine Aktion, wie es das große Kapital

will — unter der Leitlinie „Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne“. Sowohl HDW wie auch P+S sind zum Abschluß freigegeben, um die Profite der „Privaten“ zu sanieren! Diese Entwicklung ist ein eindeutiger Beweis, daß man in diesen Krisenbranchen die Forderung nach einer gesamten Verstaatlichung der Branche erheben muß, sonst wird es immer wieder so verlaufen. Natürlich muß diese Forderung ergänzt werden um u.a.:

Garantie aller Arbeitsplätze! Erhalt aller Werft- und Stahlstandorte! Zins- und Forderungsverzicht der Banken, die lange genug an den Stahl- und Werftarbeitern verdient haben!

Der 29.9. darf nur ein Auftakt sein, um den gemeinsamen Kampf zu beginnen.

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf — so stellt sich die Frage — entscheiden wir uns im eigenen Interesse und dem unserer Familien für den Kampf gegen unseren Klassegegner das Kapital und seine Regierung! Stoppen wir die Kahlschlagpläne, ehe sie uns überrollt haben, denn — wie die Kollegen aus Peine-Salzgitter klar erkannt haben:

Die Politik des „Gesund-schrumpfens“ ist der Tod auf Raten!

Niemand kann mit Sicherheit sagen, wann der Prozeß des „Gesund-schrumpfens“ beendet wird.

Unsere Erfahrung ist: am Ende steht immer die Vernichtung des Standortes.

Außerdem enthält die Politik des „Gesund-schrumpfens“ keine Lösungen für die Menschen, die aufs Abstellgleis geschoben werden, weil sie keine Arbeit in der Region finden.

(Aus: Stahlsplitter, August 83, IGM Salzgitter-Peine)

„Kollege“ Blüm...

Vielleicht läßt er sich ja heute sehen. Schließlich will er ja immer „der Arbeiter“ in dieser Regierung aus ehemaligen Managern, Direktoren und Aufsichtsräten sein.

Man sollte dann Verschiedenes nicht vergessen, was er so geleistet hat. Seine Lohnpausenpropaganda zum Beispiel, die er monatelang nicht müde wurde zu betreiben. So nach dem Motto, wenn der Arbeiter nicht so geldgierig wäre, ginge es unserer Wirtschaft besser. Ganz so, als ob es die Arbeiter wären, die Millionen haufenweise ins Ausland verschieben, die Bauaufträge im Tessin, auf Sardinien oder auf Jamaika zu vergeben haben.

Oder seine Beschimpfung der „Metall“-Zeitung, die er bekanntlich nur mit Arbeitshandschuhen anfassen würde. Daß er es lieber hätte, wenn wir alle nur die „Bild“-Zeitung lesen würden ist verständlich, besser wird es dadurch nicht. Denn diese Beschimpfung galt ja nicht irgendeinem Redakteur, sondern der Gewerkschaft als Ganzes, die er gefälligst an der Seite dieser Regierung des großen Geldes sehen will.

... und Graf Lambsdorff

Der hat sich ja auch schon auf verschiedene Betriebsversammlungen gewagt. Um seine Politik zu verkünden, daß alleine mehr Profit fürs Kapital die Arbeitslosigkeit beseitigen oder verhindern könne.

Wobei man den Wahrheitsgehalt seiner Ausführungen nicht nur an seinen bekannten engsten Beziehungen zum Hause Flick messen sollte (was unter Umständen seine Karriere beeinflussen könnte — aber nur den Teil, der Regierung und Politik betrifft). Eine Beziehung, die nun nicht gerade auf eine „neutrale“ Haltung schließen läßt, wenn es darum geht, zu wählen zwischen einer Politik für die Arbeiter oder einer Politik für die Kapitalisten. Eine Wahl, die er natürlich so nie treffen mußte, weil er stets die Reichen vertrat. Aber wie verlogen alles ist, was er behauptet, sieht man zum einen daran, daß in den letzten Jahren allerdings die Profite stiegen — und mit ihnen die Zahl der Arbeitslosen. Und zum anderen daran, wenn er sagt, zum Beispiel, es gäbe eben keine Aufträge für die Werften und zur selben Zeit deutsche Reeder im Ausland 126 Schiffe bestellen.

Trotz alledem — lernen wir von den Werftbesetzern in Hamburg und Bremen!

Die Besetzungen von HDW und der AG Weser sind — obwohl sie ohne sichtbare Erfolge beendet wurden — unserer Meinung nach eine wichtige, vorwärtstreibende Erfahrung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in diesem Land:

- Weil durch die Betriebsbesetzungen dem kapitalistischen Herr-im-Hause-Standpunkt die Macht der Arbeiter entgegen gesetzt wurde, die Kraft derjenigen, die allen Reichtum und alle Werte in diesem Land erarbeiten!

- Weil durch die Betriebsbesetzungen, entschiedener als durch Resolutionen, Demonstrationen, Kundgebungen und Warnstreiks Widerstand geleistet wird, gegen die Kahlschlagpläne der Kapitalisten, für die Erhaltung unserer Existenzgrundlage!

- Weil durch die Betriebsbesetzungen deutlich ein Signal ge-

gen die Politik der Sozialpläne, der sozialen Abfederung von Entlassungen gesetzt wurde. Gerade in den beiden Werften wurde jahrelang dieser Weg gegangen, immer darauf vertrauend, die „restlichen“ Arbeitsplätze wären dann sicher. Jetzt wurde ein deutliches Zeichen gesetzt, daß wir von Anfang an, um jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen.

- Weil durch die Betriebsbesetzungen deutlich wurde, daß es innerhalb der Bevölkerung der betroffenen Städte bzw. Stadtteile eine breite moralische und finanzielle Solidarität mit den Streikenden gibt. Aber auch darüber hinaus von vielen Belegschaften aus dem ganzen Bundesgebiet moralische und materielle Hilfe geleistet wurde!

- Weil durch die Betriebsbesetzungen ein politisches Zeichen gesetzt wurde, und man am

Verhalten der Politiker in der Tat sehen konnte, was wir zu erwarten haben, wenn wir uns auf die Regierenden verlassen:

- Die Bonner Rechtsregierung ließ durch ihren von Flick geschmierten Wirtschaftsminister Lambsdorff erklären, daß sie nur eiskaltes Durchziehen der Pläne der Werftkapitalisten kennt.

- Die Weigerung der SPDgeführten Senate in Hamburg und Bremen aktiv zur Erhaltung der Arbeitsplätze einzugreifen — z.B. durch staatliche Aufträge — macht ebenso wie ihr immer wiederkehrender Verweis auf die „Verantwortung“ der Werftbesitzer und der Bonner Regierung deutlich: Man ist zwar für etwas behutsameres Vorgehen als die Schwarzen — aber fürchtet einen entschiedenen Kampf, will keine Auseinandersetzung mit dem Kapital, weil man sich in der Zielset-

zung — bessere Konkurrenzfähigkeit — einig ist.

Die Kollegen der beiden Werften haben ihren, wie unser aller Willen deutlichgemacht: Politik muß — in Taten und nicht in Worten, in unserem Interesse durchgeführt werden — und wir, die alle Werte schaffen, aus deren Taschen z.B. die Steuern kommen, müssen uns auch die Möglichkeit erkämpfen, darüber zu bestimmen, was mit uns geschieht!

Diese Erfahrungen bleiben für die Kolleginnen und Kollegen der beiden Werften, wie für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wichtig auch für die weiteren vor uns stehenden Kämpfe, trotz der aktuellen Niederlagen!

Es gibt für einen begonnenen Kampf keine Garantie auf Sieg, nur — wer gar nicht erst kämpft, hat von vornherein eine Garantie — die Niederlage.



Die Großdemonstration in Peine am 9. September — auch hier soll ein staatlicher Betrieb unter CDU-Leitung vortreten

Sozialismus heißt: Arbeit für alle!

Das kann doch jeder behaupten, wird jetzt sicher so mancher meinen. Oder: Was heißt schon Arbeit für alle, wenn produziert wird, wie vor dreißig Jahren.

Und in der Tat kann Arbeit für alle ja nicht heißen, mit dem Spaten zu arbeiten und Bulldozer stehen zu lassen oder ähnliches. Schließlich hängt die Tatsache, ob in einem Land eine wirklich sozialistische Gesell-

schaft entsteht oder nur dem Anschein nach, auf Dauer auch davon ab, wie produktiv das Ganze ist.

Arbeit für alle kann also nur in dem Sinn verstanden werden, daß sich dies auf der Grundlage einer modernen Technik abspielt — nicht jeder modernen Technik. (So kann man sich Sozialismus mit Akkordarbeit oder mit Arbeit an Asbestmate-

rial in der Tat schlecht vorstellen).

Moderne Technik einsetzen heißt beispielsweise Mikroprozessoren usw. Sozialismus heißt aber eben, und das ist der entscheidende Unterschied, das nach den Bedürfnissen der Gesellschaft produziert wird. Heißt, daß nicht auf Grundlage der Ausbeutung der Arbeiter produziert wird.

Es ist ja nicht so, daß es sozusagen nichts mehr zu produzieren gäbe — das meiste wird nur deswegen nicht gemacht, weil es sich für die Kapitalbesitzer „nicht lohnt“. Fernwärmeversorgung, Umweltschutzanlagen bei der Produktion, neue Verkehrsmittel, Wohnungsbau — die Liste von Dingen bei denen es Mangelscheinungen gibt, oder die heute nur für Reiche zur Verfügung stehen, ist sehr viel länger, als man auf den ersten Blick denken mag, vieles ließe sich da noch anführen.

Dazu braucht es mehr Berufsausbildung, sicher. Und das läßt sich vereinbaren mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, der Verstärkung des Arbeitsschutzes, der Förderung der Arbeitsmedizin usw.

Die Kernfragen dafür sind das Geld und die Macht. Wenn es heute in der Bundesrepublik 100.000 Millionäre gibt, die zusammen über ein Privatvermögen von sage und schreibe 400 Milliarden Mark verfügen, dann kann man leicht sehen, woher das zusätzliche Geld für solche Veränderungen kommen kann: Aus der entschädigungslosen Enteignung dieser Leute, die ihren Reichtum aus der Arbeit anderer Leute gezogen haben.

Und natürlich: aus der Entscheidungsgewalt darüber, wie die Erträge, die in den Unternehmen erwirtschaftet werden, angewandt werden.



Der BR-Vorsitzende der AG Weser, Ziegenfuß, gibt Hans Koschnik sein Parteibuch zurück.

Der Bremer Wahlprüfstein — wen brachte er ins Schwitzen?

„Keine Stimme für Parteien, die für die Stilllegung sind“

Einstimmig hatte die Belegschaft der „AG Weser“ in Bremen auf einer Belegschaftsversammlung während der Werftbesetzung einen Wahlprüfstein verabschiedet. Darin wurden die Bremer Wahlberechtigten aufgerufen, keine Stimme für solche Parteien abzugeben, die für die Schließung der AG Weser eintreten.

Das ist ein Wahlprüfstein, der natürlich sonnenklar gegen die CDU ging. Denn diese Partei war ja unter anderem besonders stolz darauf, erstmals auf ihrer Liste sowohl den Chef der Bremer IHK zu haben, als auch den Vorsitzenden der örtlichen Vereinigung der Arbeitgeberverbände. Und diese Herren haben natürlicherweise wenig Interesse für die Lage der Werftbelegschaft und ihrer Familien. Ihr Interesse gilt, wie überall, dem Aufschwung der Profite.

Das ist aber auch ein Wahlprüfstein, der nicht nur gegen die CDU (und natürlich auch gegen die Bremer Lamsdorff-Filiale) ging, sondern auch gegen die Politik der Bremer SPD.

Auf doppelte Weise auch gegen die SPD. Zum einen, da sie ja nun den Bremer Senat bildet, der Mitglied in der Werftbranche ist. Und die Schließung der AG Weser mit vorangetrieben hat. Zum anderen auch gegen die gesamte Werftenpolitik der SPD, die ja auf der einst von ihr so laut geforderten Werftenkonferenz im April dieses Jahres den Plänen des Werftkapitals und der Bonner Regierung sang- und klanglos zustimmte.

Hans Koschnik und ei-

nige seiner Senatoren jedenfalls, die auf der entsprechenden Belegschaftsversammlung anwesend waren und auch geredet hatten, kamen dabei gewaltig ins Schwitzen. Denn sie wollen die Stimmen der Werftarbeiter, ihrer Familien und auch die zahlreicher Werktätiger aus solchen „wertgeprägten“ Stadtteilen wie Gröpelingen haben. Die aber sollten sie nun nur dann bekommen, wenn sie faktisch ihre bisherige Werftenpolitik um 180 Grad ändern.

Natürlich wollten sie die Werftarbeiter mit solchen Argumenten von ihrer Haltung abbringen, wie, daß dies Wahlhilfe für die CDU wäre. Was nun, angesichts der bekannten CDU-Haltung zu den Werften wahrlich nicht ernsthaft behauptet werden kann.

Was damit versucht werden soll, (und was wohl auch gelungen ist), was Hans Koschnik verhindern will, ist, daß eine solche Frage ganz konkret und klipp und klar aufgeworfen wird, daß ihm der Spielraum für Herumtaktieren und leere Versprechungen genommen wird, daß er so in die Pflicht käme. Denn wenn nur steht für oder gegen die Interessen der Arbeiter, sind eben klare Haltungen gefordert.

Ein solcher Prüfstein, mit einer solch massiven, einstimmigen Basis in der betreffenden Belegschaft, das kann auch bei anderen Fällen, in anderen Betrieben, Branchen und Städten ganz bestimmt ein Mittel sein, wenn gerade Wahlen anstehen, den politischen Druck im Interesse der Belegschaft zu verstärken.

Arbeiterdemokratie ist Sozialismus

Sozialismus? Warum denn? Damit statt irgendwelcher Kapitalisten irgendwelche Parteifunktionäre einem auf dem Kopf sitzen und das Sagen haben? Damit genauso wenig oder weniger gesagt werden kann und es auch noch weniger dabei gibt? So steht ja die Frage für viele, wenn sie Sozialismus hören und dabei

in die DDR zum Beispiel gucken.

In der Tat — einen solchen Sozialismus als erstrebenswertes Ziel hinzustellen, wie es die DKP tut, das kann nicht viele begeistern, um es mal bescheiden auszudrücken.

Wenn es bessere Zustände geben soll als heute, dann muß

der Arbeiter mehr zu sagen haben, so einfach läßt sich das erst mal ausdrücken. Nicht nur besser und gesünder leben, sondern auch Macht haben. Über Wahlen, in denen solche Abgeordnete gewählt werden, die ihren Wählern verantwortlich sind und nicht ihren Parteimaschinen oder ihrem Gewissen (das in der Vergangenheit oft genug aus ihrem Geldbeutel bestand). Das heißt, daß sie auch vom Wähler absetzbar sein müssen. Und Abgeordnete eben nicht für ein Parlament, in dem viel darüber geredet wird, was zu tun sei, während die Entscheidungen schon längst in unbekannten „Berater“-Gremien und durch die Mitwirkung der Spendenkassen des Großkapitals gefällt

sind. Sondern in Organe, die nicht nur Gesetze machen, sondern sie auch durchführen und nicht die Verwirklichung einem bürokratischen Heer von unkontrollierten Berufsbeamten überlassen sind. In Arbeiterräten eben, die aus Betrieben und Stadtteilen heraus gewählt werden.

Oder, wie es schon Lenin forderte, was es auch einst in der UdSSR gab, das Recht für jede Gruppe von Arbeitern, eine Zeitung zu machen, ihre Meinung kundzutun (was heute ein Recht nur für die ist, die das Geld dazu haben). Oder: Daß der von der gesamten Belegschaft gewählte Betriebsrat im Betrieb das entscheidende Organ ist und kein von oben eingesetzter Vorstand oder Betriebsdirektor.

Für solch einen Sozialismus setzt sich die KPD ein — für einen Sozialismus der den Arbeitern „was bringt“ und nicht auf künftige Generationen vertröstet.



Großdemonstration in Oberhausen gegen Thyssens Kahl-schlagpläne

Längst bezahlt

Enteignen? Verstaatlichen? Manch einer mag da denken, das sei doch auch irgendwie ungerecht, denen einfach alles wegzunehmen. Was aber gehört eigentlich noch diesen Anteilseignern, sei es in der Stahl- oder auch in der Werftbranche?

denn kommt) dabei weit überstiegen wurde, ist eine Tatsache. Diese ganzen Betriebe funktionieren in Wirklichkeit schon lange nicht mehr mit dem Geld, daß diese Kapitalisten einmal angelegt haben, sondern von dem, was die Belegschaften erarbeitet haben.

Und dazu kommt ja noch der Faktor der hohen Subventionen aus Steuergeldern, die in die Kassen dieser Konzerne geschauvelt wurden. Summen, die das Aktienkapital in der Regel um ein Vielfaches übersteigen.

Also wahrlich kein Grund zu zaudern oder gar ein schlechtes Gewissen zu haben, diese superreichen Sippen gehören enteignet. Denn mit diesem ganzen Geld, was sie an sich gerafft haben, finanzieren sie ja nur ihre Kahl-schlagpläne zugunsten weiterer künftiger Profite — für sie. Und Gewissen haben gerade diese Leute nicht nur in jüngster Zeit noch nie bewiesen.

Es ist ja beispielsweise kein Geheimnis, daß Krupp und vor allem die Thyssens in beiden Branchen der wichtigste private Anteilseigner sind. Obwohl darum manches Geheimnis gemacht wird, läßt sich ihr Teil am Aktienkapital der verschiedenen Stahl-, Werft- und Bergbaubetriebe auf etwa 500 Millionen bis 700 Millionen Mark schätzen (mindestens). Nun soll gar nicht erst groß die Rechnung aufgemacht werden, was die so jedes Jahr an Dividenden aus diesen Aktien ziehen, und seit langer Zeit gezogen haben. Daß die angelegte Summe (auch hier ohne nachzufragen woher die

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Sozialismus ist mehr als Modelle zu übernehmen

real existieren müssen

- Arbeitermacht
- Streikrecht
- Demokratie und Frieden

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30



Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich: ☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei
- Abonnement(s) ... über DM
- ab Nr.
- Die Zahlung erfolgt: ☐ Ich habe den Betrag von DM
- ☐ jährlich 60 DM an den Verlag überwiesen
- ☐ halbjährlich 30 DM
- ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79600-461

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zimal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel ausfüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.

Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.

Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.



Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellingofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch widerruflich monatlich eine
Spende für den Roten Morgen in Höhe von DM zu
Lasten meines Girokontos Nr.

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinsti-
tuts)

Bankleitzahl
durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist
besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine
Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift)

Ort, Datum Unterschrift

Spendenliste

In der letzten Woche sind folgende Spenden bei uns einge-
gangen:

B.Z., Duisburg	DM 30,—
H.L., Köln	20,—
D.S., Bremen	100,—
insgesamt	150,—

Damit sind bisher 17361,95DM an Spenden für den Roten
Morgen bei uns eingegangen. Wir danken allen Freunden
und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkom-
menssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von
1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf
Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467



**Sonderverkaufsaktion
vom 1. September —
30. November 1983**



Super- Angebot Nr. 1

Alle Bücher
zusammen
für nur
50,— DM

Super- Angebot Nr. 2

Aus dem aufgeführten
Sortiment vier Bücher
Ihrer Wahl für
20,— DM

Am 16. Oktober 1983 begeht der Genosse Enver Hoxha seinen 75. Geburtstag.
Aus diesem Anlaß bieten wir — sozusagen als Geburtstagsgeschenk an unsere
Leser — die deutschsprachigen Werke des Genossen Enver Hoxha zu besonderen
Werbspreisen an.

E. Hoxhas Werke

1. Die Chruschtschowianer	Ladenpreis:	17,— DM	(Leineneinband)
2. Anglo-amerikanische Machenschaften	"	19,80 DM	(Leineneinband)
3. Eurokommunismus	"	9,80 DM	(Paperback)
4. Begegnungen mit Stalin	"	8,80 DM	(Paperback)
5. Betrachtungen über China Bd. I	"	14,— DM	(Paperback)
6. Betrachtungen über China Bd. II	"	14,— DM	(Paperback)
7. Bericht an den 8. Parteitag der PAA	"	5,40 DM	(Paperback)
8. Imperialismus und Revolution	"	9,80 DM	(Paperback)
9. Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus	"	12,— DM	(Ledereinband)
10. Ausgewählte Werke Bd. I	"	23,80 DM	(Ledereinband)
11. Ausgewählte Werke Bd. II	"	23,80 DM	(Ledereinband)
12. Die Titoisten	"	16,— DM	(Leineneinband)



Wir wollen (k)leben ...

Kleber gegen die Kriegsvor-
bereitungen vom Verlag Roter
Morgen:

- NATO bedroht dein Le-
ben — Neutralität!
- Nachrüstung — TODsi-
cher

Pro Stück jetzt nur noch
10 Pfennig!

Bestellen bei:
Verlag Roter Morgen,
Postfach 300526, 4600 Dort-
mund 30, Tel.: (0231) 433691.



Auch Du bist in der NATO — tritt aus! Anti-NATO-Aktion der KJD

„Auch Du bist in der NATO — tritt aus!“ unter dieser Losung macht die Kommunistische Jugend Deutschlands im Friedenskampf Stimmung gegen die lebensgefährliche Mitgliedschaft der Bundesrepublik im westlichen Kriegspakt.

„Wie? Was? Ich soll aus der NATO austreten? Was soll das denn nun wieder?“ — Das mag sich mancher fragen, der die Losung zum ersten Mal hört. Schon eine Anregung, sich weiter damit zu beschäftigen.



Näheres geht dann aus einem Brief-Vordruck hervor, den man bei KJD-Aktionen in die Hand gedrückt bekommt. Und der sieht so aus:

AUSFÜLLEN UND EINSENDEN!!!

Absender:

An die
Bundesregierung
z. Hd. v. Herrn Bundeskanzler Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn

Betr.: NATO-Austritt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich am 1983 um Uhr aus der NATO ausgetreten bin. Ich fordere die Bundesregierung auf, unverzüglich gleiches zu tun. Kündigen Sie den NATO-Vertrag vom 5. Mai 1955 auf. Erklären Sie die Bundesrepublik Deutschland für neutral.

Begründung:

- Ich will nicht länger in einer Atomwaffenrepublik Deutschland leben. Die NATO soll ihre 7000 Atomwaffen von bundesdeutschem Boden verschwinden lassen.
- Ich will nicht, daß die NATO hier auch nur eine einzige Pershing II oder Cruise missile stationiert, egal was in Genf raus kommt, egal wieviele SS 20 die Sowjetunion verschrottet.
- Ich will endlich in Frieden leben, ohne amerikanische, englische, französische, belgische und holländische NATO-Soldaten in diesem Land. Ich hab die Schnauze voll von den NATO-Manövern und den Toten, die sie Jahr für Jahr kosten.
- Ich will nicht länger, daß unsere Steuergelder in die Aufrüstung der NATO gepumpt werden, während auf der anderen Seite Arbeitsplätze vernichtet und Sozialleistungen drastisch gekürzt werden. Die NATO ist mir einfach zu teuer.
- Ich will nicht im Ernstfall, gezwungen durch NATO-Befehl, auf Menschen der DDR, der Sowjetunion oder irgendeines anderen Landes schießen. Für den Profit der Reichen halte ich meinen Kopf nicht hin. — Erzählen Sie mir nicht länger, die NATO braucht ihre Waffen nur zur Abschreckung. Die NATO baut die Dinger doch nicht fürs Museum. — Waffen werden für den Krieg gebaut. Diesen Krieg mache ich aber nicht mit. Sollen doch die Militärs in Ost und West, die Industriellen, die am Krieg verdienen und alle übrigen, die Interesse am Krieg haben, auf eine unbewohnte Insel gehen und sich da gegenseitig mit ihren Waffen „abschrecken“. Uns, die kleinen Leute sollen sie gefälligst in Ruhe lassen.
- Ich kann das ewige Geschwätz von der Bedrohung aus dem Osten nicht mehr hören. Die NATO und die Amis sind doch auch nicht besser. Die einen schießen Boeings ab, die anderen morden in Nicaragua und El Salvador. Ich will, daß die Militärblöcke verschwinden. Ich will, daß hier damit angefangen wird. Für mich bedeutet das Bündnis in der NATO nicht Sicherheit, sondern Kriegsgefahr. Wer den Frieden will, der muß aus der NATO austreten. Machen wir es den Albanern, Jugoslawen, Österreichern, Schweizern und Schweden nach, werden wir neutral!

.....
Unterschrift

Westdeutsche Kapitalisten:

Aus Dummheit gegen den Friedenskampf?

„Arbeitsrechtliche Konsequenzen“ haben die Unternehmer denen angedroht, die sich an den vom DGB als „Mahnminuten für den Frieden“ bezeichneten Kurzstreiks am 5. Oktober anschließen. „Unvereinbar mit geltendem Arbeitsrecht“ nennen sie die Aktion. Als sie damals, als der geschworene Arbeiterfeind Schleyer umgelegt wurde, den Kollegen eine Schweigeminute verordneten, war davon nicht die Rede.

Es kommt eben auf den Standpunkt an. Auf die Interessen. An Schleyer hatten sie Interesse. Am Frieden nur bedingt. Und die maßgeblichen Kapitalkreise versprechen sich von einem neuen Waffengang Profite (sie verdienen schon kräftig an der Vorbereitung, der Hochrüstung). Deshalb gilt auch: Friedenskampf ist Klassenkampf. Muß von denen getragen werden, die den Unternehmern in direkter Front gegenüberstehen: den Arbeitern. Muß gegen die Kapitalisten geführt werden. Alle, die ein alle vereinigendes Friedensinteresse beschwören, sind „zu gut für

diese Welt“ — oder wollen die Arbeiter betrügen.

Tendenzen dazu gibt es in der Friedensbewegung genug. Die DGB-Führung macht eine solche Einschätzung immer noch zur bestimmenden Grundlage ihrer Politik.

Viel Raum hatte diese falsche Einschätzung leider auch auf der Konferenz der betrieblichen Friedensinitiativen, die am 11.9. in Dortmund stattfand. Da fand auch der Vorschlag breite Zustimmung, auch noch die Unternehmer per Unterschrift auf den Kampf gegen die „Nachrüstung“ und für den Frieden verpflichten zu wollen.

Und die DKP, die doch als eine revolutionäre, kommunistische Partei gelten möchte, unterstützt diese Strömung noch. Durch eigene Propaganda in die gleiche Richtung, durch Betriebszeitungs-Karikaturen



wie die hier abgebildete, die wir den „Heißen Eisen“ von Hoesch Dortmund entnehmen und die auch in anderen Betriebszeitungen zu finden war. Der dumme Unternehmer, der nicht weiß, daß die Arbeitsniederlegung,

daß der Kampf der Arbeiter zu seinem eigenen Besten ist...

Solange solche illusionären Ansichten auch in der Arbeiterbewegung stark bleiben, wird der Kampf gegen die Kriegstreiber nicht erfolgreich sein.

Arbeitsniederlegungen am 5. und 19. Oktober vorbereiten!



Nächste Woche Mittwoch ist es soweit: Die DGB-Aktion „5 Mahnminuten für den Frieden“ steigt. Helfen wir mit, daß sie ein Erfolg, eine sichtbare massenhafte Demonstration des Friedenswillens der Arbeiterschaft wird. Und: Betrachten wir sie nicht als Ersatz, sondern als Vorbereitung für Arbeitsniederlegungen am 19. Oktober, am „Tag der Betriebe“ im Rahmen der seit langem feststehenden Aktionswoche der Friedensbewegung. Denn Arbeiterbewegung und Friedensbewegung gehören zusammen. Nur die Kraft der Arbeiterbewegung kann dem Friedenskampf zum Erfolg verhelfen. Wir auf unserem Bild die Metallerjugend von Blohm & Voss Hamburg: Die volle gewerkschaftliche Kampfkraft für den Frieden mobilisieren, als erstes gegen die geplante Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen!

„Null-Lösung“ in Loccum



Die gemeinsame Beratung von gewissen Teilen der Friedensbewegung und der Polizei, die in der Evangelischen Akademie zu Loccum stattfinden sollte, fand nicht statt. Die Veranstalter hätten sie mit Polizeigewalt gegen Blockierer durchsetzen müssen — sie sagten sie ab. Die Vertreter von Staat und Polizei fuhren böse wieder ab.

„In der Loccumer Dialog-Frage fordern wir die Null-Lösung“, erklärten Angehörige des Teils der Friedensbewegung, die ihre Aktionen nicht von Absprachen mit der Staatsgewalt abhängig machen wollen, auf einem Transparent. Und im Gegensatz zu Genf wurde sie hier auch verwirklicht.

Die Verantwortlichen für die geplante Tagung äußerten sich in einer Erklärung enttäuscht über ihren Mißerfolg und beschworen die Friedensbewegung, die „Gewaltfreiheit als zentrales Prinzip der Konfliktaustragung bei der Durchsetzung einer neuen Friedenspolitik“ als „unabdingbar“ anzuerkennen. Wer das nicht wolle, mit dem wollten sie nichts zu tun haben.

Die Diskussion über den Weg des Friedenskampfes geht weiter...

ÖTV-Kreis Frankfurt: Streik gegen Stationierung

Den folgenden Antrag verabschiedete die Kreisangestellten-Delegiertenkonferenz der ÖTV vor kurzem ohne Gegenstimme. Ähnliche Anträge gibt es zu Delegiertenkonferenzen verschiedener anderer Gewerkschaften, die anstehen.

Antrag an die Kreisangestellten-delegiertenkonferenz

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, den NATO-Nachrüstungsbeschluß eindeutig abzulehnen.

Als einen ersten Schritt dahin, fordern wir die ÖTV auf, sich mit Nachdruck für eine Arbeitsniederlegung am 19. Oktober 1983 — den Tag der Betriebe und Verwaltungen in der Aktionswoche — einzusetzen. Der Bedrohung unseres Landes durch die geplante Stationierung kann nicht mehr durch Verhandlungen und Demonstrationen allein begegnet werden. Aufgrund unserer historischen Erfahrungen dürfen wir nicht zulassen, daß ein 3. Krieg — der dann der letzte sein wird — von unserem Land ausgeht.

Wir fordern deshalb die ÖTV, alle Einzelgewerkschaften und den DGB auf, gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die Stationierung zu kämpfen und neue Formen des Widerstandes bis hin zum Generalstreik zu entwickeln.

Grundlage und Ziel der gewerkschaftlichen Aktivitäten ist der Beschluß der Kreisverwaltung vom Februar 1983.

Zu dem Antrag schrieben uns Genossen aus Frankfurt:

„Dieser Beschluß spiegelt die günstige Situation des Kampfes gegen die Raketenstationierung innerhalb der ÖTV wider, was sich bereits in der Gründung der ÖTV-Friedensinitiative Anfang des Jahres niedergeschlagen hat. Es gibt hier schon einen Beschluß, daß neben dem 5. Oktober am Tag der Betriebe eine Arbeitsniederlegung erfolgen soll.“

Der Krieg im Libanon

„In Beirut nichts Neues“ — überschrieb sogar der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 8. September einen Artikel zum Krieg im Libanon. Bürgerkrieg — wie gehabt — als sei das eine nationale Eigenart dieses Landes, die sich selbst durch großen Einsatz internationaler Friedenstruppen nicht beheben ließe.

Allein schon eine kurze Rückschau auf die Verhältnisse vor einem Jahr, und die Entwicklung bis heute, zeigen aber die massiven Einmischungen westlich-imperialistischer Kreise und ihrer Helfershelfer in der libanesischen Bourgeoisie.

Vor einem Jahr, am 21. September 1982 wurde Amin Gemayel zum Staatspräsidenten gewählt, vereidigt wurde der neue Staatspräsident in einer hermetisch abgesicherten Kaserne, denn nur dort, konnte er versprechen, seinem Volk die nationale Einheit und staatliche Souveränität wiederzugeben. Die Wirklichkeit, die Lage sah zu diesem Zeitpunkt ganz anders aus. Gerade eben hatten israelische Truppen im harten, brutalen Kampf gegen linke Milizen das Stadtzentrum von Beirut besetzt, der Bruder Amin Gemayels war einem Sprengstoffattentat zum Opfer gefallen, in den Palästinenserlagern in Beirut, in Sabra und Shatila waren unter den Augen der israelischen Besatzer mehrere hundert Menschen öffentlich massakriert worden.

Amin Gemayel, der seine Rede in der Kaserne hielt, das war schon damals deutlich, war nur Marionette anderer Kräfte, repräsentierte zu keiner Zeit eine Strömung, die nationale Einheit und Souveränität ernsthaft als politisches Ziel verfolgte.

Ein Jahr später haben sich die israelischen Truppen zwar etwas zurückgezogen, aber faschistische Einheiten, die unzufrieden mit Gemayel und seinen Regierungstruppen zusammenarbeiten, die von Israel und den USA unterstützt werden, versuchen jeglichen Vormarsch der linksgerichteten Einheiten des Drusenführers Walid Dschumblatt zu verhindern — mit Terror und Massakern, mit Hilfe des direkten Einsatzes der US-Armee und der französischen Imperialisten.

Politisch ist Gemayel am Ende. Militärisch steht er mit dem Rücken zur Wand. Das po-

litische Ziel des israelischen Einmarsches von vor einem Jahr war es, eine stabile Regierung der christlichen Bourgeoisie des Libanon zu installieren und die Bastionen der Palästinenser im Libanon, in Beirut vor allem zu vernichten. Beides ist fehlgeschlagen. In den von Syrien kontrollierten Gebieten hat sich

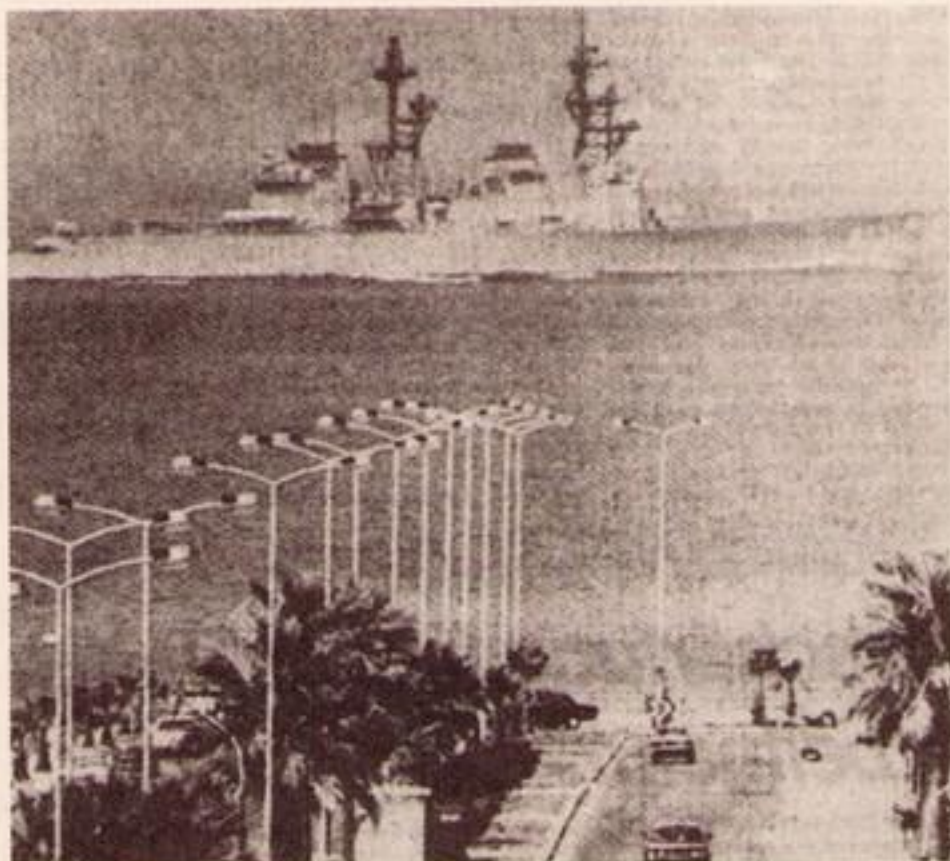
Diese Einheiten, zum „Schutz vor Übergriffen der israelischen Armee“ in Beirut stationiert, sie sollte dazu beitragen, die nationale Souveränität wiederzugewinnen, mischt sich heute massiv in die inneren Auseinandersetzungen im Libanon ein.

Neben den in der Stadt Beirut stationierten Einheiten haben die westlichen Großmächte vor allem die Gewässer vor der Küste der Hauptstadt zu ihrem militärischen Schwerpunkt gemacht. Vor der Küste Beiruts liegen neben dem US-Flugzeugträger „Eisenhower“, dessen Kommandant auch NATO-Abchnittskommandeur für das

rantieren. Mittlerweile ist aber klar, daß der Befehl an die Einheiten auch ins Landesinnere zu feuern, dorthin Einsätze zu fliegen, aus dem einzigen Beweggrund kommt, nämlich den Präsidenten Gemayel und seine Regierung zu retten.

Zwar verbietet die sogenannte „War Powers-Resolution“ von 1973 dem Präsidenten der USA unkontrollierten Einsatz militärischer Einheiten in Krisengebieten — die Opposition in den USA, selbst in Senat und Abgeordnetenhaus ist relativ machtlos, schon sind Pläne der US-Regierung bekanntgeworden, sich noch mehr „Rechte“ für den Einsatz im Libanon zu beschaffen, um die Frist für die Stationierung der amerikanischen Truppen verlängern zu lassen.

Der massive militärische Einsatz der USA und mittlerweile auch Frankreichs hat aber auch die Folge, daß die vielfältige Opposition im Libanon gegen Gemayel — gezwungenermaßen — enger zusammenrückt. Walid Dschumblatt, der zugeben mußte, daß der Vormarsch seiner Einheiten nur durch Beschluß von Geschützen der US-Flotte vor Beirut gestoppt wurde, hat vergangene Woche erklärt: „Wenn diese direkte amerikanische Invasion andauert, wird mir niemand irgendwelche Beschränkungen hinsichtlich meiner Bündnisse, sei es mit den Palästinensern oder anderen auferlegen können.“ Damit ist auf der einen Seite klar, daß die Regierung Gemayel und die sie beschützenden westlichen Truppen vorerst keinen Sieg erringen werden. Auf der anderen Seite kann es aber auch sein, daß Staaten, wie Syrien etwa, die gegen Gemayel und die USA sind, aber auch eigene, egoistische Ziele verfolgen und die Lage ausnutzen in diesen Krieg hineingezogen werden. Der einzige Weg zur Beendigung des Krieges im Libanon ist der sofortige Abzug aller fremden Truppen —, die fortschrittlichen patriotischen Kräfte hätten dann gesiegt.



Der US-Zerstörer „John Rodgers“ vor Beirut

die Opposition gehalten, gewinnt heute politisch und militärisch mehr und mehr Einfluß. Die Vertreibung der Palästinenser aus Beirut hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt, nämlich Demoralisierung und Aufgabe des Kampfes für ein unabhängiges Palästina.

Gemayel stützt sich heute nur noch auf die schwachen Einheiten seiner „regulären“ Armee und die faschistischen Milizen, und wäre ein geschlagener Mann, träte nicht die „Internationale Friedenstruppe“ massiv für ihn auf den Plan.

Mittelmeer ist, noch 14 weitere Kriegsschiffe der 6. Flotte der US-Armee. Auch Frankreich hat nach dem Flugzeugträger „Foch“ weitere Kriegsschiffe vor den Libanon geschickt. Französische, britische und amerikanische Kampfflugzeuge starten täglich ins Landesinnere.

Zunächst verlautete aus Washington — mit ähnlicher Begründung auch aus Paris — der Einsatz der Einheiten sei notwendig, um die Sicherheit der internationalen „Friedenstruppen“ in der Stadt Beirut zu ga-

allen Bemühungen, Beratungen und Konferenzen über den Nahen Osten teilzunehmen;

c) die Notwendigkeit die Besetzung arabischen Territoriums durch Israel zu beenden, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Unzulässigkeit der Aneignung von Territorien unter Gewaltanwendung und, konsequenterweise die Notwendigkeit, Israels Rückzug aus den seit 1967 besetzten Gebieten zu sichern, einschließlich Jerusalems;

d) die Notwendigkeit sich einer Politik und Praxis, wie sie Israel in den besetzten Gebieten einschließlich Jerusalems verfolgt, und jeder de facto Situation, die durch Israel entgegen internationalem Recht und den relevanten Resolutionen der Vereinten Nationen geschaffen wurde, besonders durch die Errichtung von Siedlungen zu widersetzen und sie zurückzuweisen, da diese Politik und Praxis die Haupthindernisse zur Erlangung des Friedens im Nahen Osten darstellen;

e) die Notwendigkeit alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Handlungen, für null und nichtig zu erachten, die von Israel,

der Besatzungsmacht, unternommen wurden und die den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem verändern oder den Anschein erwecken, ihn zu verändern, einschließlich der Enteignung von dort gelegenen Land und Besitz, und besonders des sogenannten „Grundgesetzes“ über Jerusalem und der Ernennung Jerusalems zur Hauptstadt Israels;

f) das Recht aller Staaten in der Region in sicheren, international anerkannten Grenzen zu existieren, mit Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen, die unverzichtbare Bedingung dafür ist die Anerkennung und die Erlangung des legitimen unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes wie unter a) ausgeführt. (...)

Die Internationale Konferenz über die Palästina-Frage betont die Bedeutung des Zeitfaktors bezüglich der Erreichung einer gerechten Lösung des Palästina-Problems. Die Konferenz ist der Überzeugung, daß Teillösungen und Verzögerungen nicht geeignet sind, umfassende Lösungen zu suchen und daß sie Spannungen in der Region nicht eliminieren.

Vor einem Jahr in Beirut



„Laßt uns weder Buchenwald noch Sabra und Shatila vergessen“

Der Schweizer Parlamentarier und Professor an der Universität Genf, Jean Ziegler, erklärt das Entsetzen, das die ganze Welt nach den tragischen Ereignissen in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila im September 1982 ergriff. Wir veröffentlichen Auszüge.

Bewaffnete Männer dringen in die unbewaffneten und schutzlosen Gemeinschaften ein, die Lager genannt werden: die Frauen, Männer und Kinder, die dort leben, sind Flüchtlinge, die dort Zuflucht gefunden haben, nachdem sie von ihrem kolonialistischen Besatzer von ihrem Land vertrieben, in ihren folgenden Zufluchtsstätten weiter verfolgt wurden und sich dort provisorisch niedergelassen hatten. Ihre Verteidiger, die Männer, die in der Lage gewesen wären, ihr Leben durch den Kampf gegen den Feind zu schützen, sind abgezogen. Sie verließen Beirut zwischen dem 20. August und dem 4. September, entsprechend einem Abkommen, das ihnen von der Internationalen Gemeinschaft garantiert worden war und wurden auf verschiedene Mittelmeerlande verteilt.

Am Donnerstag, dem 16. September, gegen 19.00 Uhr, saß die Familie Beidah — zwei Jungen von 8 und 11 Jahren, ein Mädchen von 6 Jahren, und die Mutter — am Abendbrottisch. Die Mörder drangen in das Haus ein: Später werden die Kinder mit durchschnittener Kehle gefunden werden, die Mutter mit von einer Axt zerschmettertem Kopf.

Salem Bey, 75, wird umgeben von seinen Enkeln in einem Meer von Blut entdeckt werden, seine Enkel abgeschlachtet, zu einem blutigen Haufen im hinteren Teil des Raumes aufgeschichtet. Auf den Straßen versuchen Mütter in äußerstem Schrecken ihre Kinder mit ihren Körpern zu schützen. Vergeblich. Die Kinder werden mit ihren Müttern getötet. Von Donnerstag, dem 16. September, nachmittags an bis Samstag, den 18. um 13.00 Uhr, töten 1 500 bewaffnete und von den Israelis unterstützte falangistische Mörder Kinder, Frauen, Jugendliche und alte Leute in den beiden Flüchtlingslagern Sabra und Shatila. Diese beiden Namen dürfen nie vergessen werden. Unterdessen umzingelt die israelische Armee die Lager, riegelt die Ausgänge ab und beobachtet im Detail den Verlauf des Mordens. In der Nacht beleuchten israelische Einheiten das „Operationsfeld“ — ein Ausdruck aus der Militärsprache — mit Leuchtraketen, von denen zwei pro Minute gezündet wurden.

Als uns die ersten Bilder, die ersten Berichte erreichten, packte uns Entsetzen. Bis jetzt verfolgt uns dieses Entsetzen. Es nagt an uns, wie das Napalm, das über den Dörfern Vietnams abgeworfen wurde, wie die verbrannten Dörfer im algerischen Krieg, wie die Einkreisung und Ausrottung der Indianer in Nord-Guatemala, wie organisierte Aushungerung, wie die Berichte über jüdische Familien, die in Gaskammern geführt wurden. Schwach wie wir sind, können wir die Toten nicht wieder zum Leben erwecken, die Mörder und ihre Hintermänner strafen. Aber wir können wenigstens versuchen zu verstehen, die Ursachen herauszustellen, auf die Feinde hinzuweisen und unser Gewissen aufzurütteln, um sie zu bekämpfen. (...)

Am Ort, wo die Tragödie sich ereignete wird es kein Denkmal geben, für die Kinder, Frauen und Männer, die in Sabra und Shatila getötet wurden. Dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes gelang es nicht einmal, die genauen Namen und Zahlen aller Märtyrer, die unter den Ruinen ihrer Häuser und in Massengräbern begraben wurden, festzustellen. Die libanesischen Rechte, besonders die Falangisten, wollen, daß die Palästinenser verschwinden. Diese und auch die Israelis weigern sich provisorische Unterkünfte zu bauen. Die Überlebenden des Flächenbombardements, des Artilleriefeuers und der Massaker, Frauen, Kinder, Mütter und Väter palästinensischer Kämpfer, die durch Straßen und Ruinen irren, sind dem ersten „christlichen“ Killer, der kommt, ausgeliefert. Das Denkmal für die Märtyrer muß in unseren Herzen errichtet werden.

Laßt uns niemals weder Buchenwald, noch Warschau, noch West-Beirut, noch Sabra vergessen!

Laßt uns nie vergessen, wer die Killer waren, welcher Haß, welche wahnsinnige Verachtung waren ihre Motive! Kein religiöser Fanatismus, nicht die Bibel (oder der Koran), kein politischer Plan, keine militärische Strategie wird jemals das Abschlachten von Kindern oder den Einsatz von Napalm gegen Krankenhäuser rechtfertigen. Diejenigen, die diese Verbrechen begehen, sind die Feinde der Menschlichkeit. Laßt uns gegen diese Feinde unseres Gewissens aufstehen, so daß aus dem leidvollen Tod der Männer Frauen und Kinder aus Shatila Gerechtigkeit und Leben geboren wird.

Jean Ziegler in: „Palestine“, Nr. 1. Januar 1983

Zur Information

Anfang September wurde in Genf die Internationale Palästina-Konferenz beendet. Diese unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs Javier Perez de Cuellar durchgeführte internationale Tagung stellte in der Abschlusserklärung dar, wie die Palästina-Frage gelöst werden könnte. Im folgenden Auszüge aus der Abschlusserklärung:

(...) Die Konferenz brachte, nachdem sie sorgfältig die Palästina-Frage mit all ihren Aspekten erwogen hatte, die tiefe Betroffenheit aller Nationen und Völker über die internationale Spannung zum Ausdruck, die seit mehreren Jahrzehnten im Nahen Osten besteht, deren Hauptgrund ist, daß Israel und diejenigen, die seine expansionistische Politik unterstützen, die unveräußerlichen, legitimen Rechte des palästinensischen Volkes leugnen. Die Konferenz bestätigt und betont, daß eine gerechte Lösung der Palästina-Frage, dem Kern des Problems, das wichtigste Element für eine umfassende, gerechte und

dauerhafte Lösung im Nahen Osten ist. (...)

Die Internationale Konferenz erwägt, daß die verschiedenen Vorschläge, die aus Prinzipien des internationalen Rechts bestehen, die im Zusammenhang mit dieser Frage vorgestellt wurden, wie der Arabische Friedensplan, der auf der 12. Arabischen Gipfelkonferenz in Fez im September 1982 angenommen wurde, als Richtlinien gelten sollten für gemeinsame internationale Anstrengungen zur Lösung der Palästina-Frage. Diese Richtlinien schließen folgendes ein:

a) die Erlangung seiner legitimen, unveräußerlichen Rechte durch das palästinensische Volk, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, des Rechts auf Selbstbestimmung und des Rechts, seinen eigenen, unabhängigen Staat in Palästina zu errichten;

b) das Recht der Palästinensischen Befreiungsorganisation, PLO, der Vertretung des palästinensischen Volkes, als gleichwertiger Partner mit anderen Parteien, an

Wahlversprechen gebrochen:

Regierung Papandreou verschiebt Auflösung der US-Stützpunkte

Korrespondenz eines griechischen Genossen der KPD

Im Wahlkampf 1981 hat die PASOK (Griechische Sozialistische Partei) für den Fall eines Wahlsieges die Auflösung der US-Stützpunkte in Griechenland versprochen. Sie drückte damit den Willen der Mehrheit des griechischen Volkes aus, das die Förderung des Militärputsches von 1967 durch USA und NATO nicht vergessen hat, und gewann damit auch die absolute Mehrheit im Parlament (zusammen mit der revisionistischen KKE sogar 65 Prozent der Stimmen).



„Volksbefragung: Das Volk soll über die Stützpunkte entscheiden“ fordert dieses Transparent der revisionistischen KKE.

Doch sozialdemokratische Wahlversprechen und Regierungspolitik sind bekanntlich zwei verschiedene Paar Stiefel: Nach nunmehr zwei Jahren veröffentlichte nun Anfang September die Regierung Papandreou den Entwurf eines neuen Stützpunktvertrages mit den USA, der die Beibehaltung der US-Stützpunkte für mindestens fünf Jahre garantiert und erst 1988 mit einer fünfmonatigen Frist gekündigt werden kann. Begründet wird dieses Hinausschieben der versprochenen Auflösung der US-Stützpunkte damit, „daß die Regierung keinen Konflikt mit den USA wünscht“ — (stellv. Verteidigungsminister Kapsis).

Papandreou signalisiert damit deutlich, daß seine Regierung dieses heiße Eisen nicht anpacken möchte. „Wenn (1988) eine andere Regierung als unsere zustandekommen würde, kann sie einen anderen politischen Willen haben“ (am 12. 9. auf der Saloniki-Messe). Damit wird entgegen dem eindeutigen Wählerauftrag den USA die Möglichkeit eingeräumt, bis 1988 eine Lösung des „griechischen Problems“ in ihrem Sinne vorzubereiten (von der Wahlbeeinflussung zugunsten der Konservativen bis notfalls zu einem neuen Militärputsch).

Noch deutlicher wird die Abkehr der PASOK-Regierung

vom Anti-US-Willen der Mehrheit des griechischen Volkes an dem Paragrafen des Vertragsentwurfs, der eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Militärfor-schung und Rüstungsproduktion vorsieht. So sollen auch gleich 100 Kampfflugzeuge in den USA bestellt werden. Und dies mit der absurden Begründung, daß eine verstärkte Rüstungszusammenarbeit mit den USA die selbständige Verteidigungsfähigkeit Griechenlands erhöhen und damit den „Schutz“ der USA überflüssig machen würde. Mehr Unabhängigkeit durch mehr Abhängigkeit!??

So wächst neben der Enttäuschung über die wirtschaftlichen Maßnahmen der PASOK-Regierung auch die Empörung der Anhängerschaft der PASOK über den Bruch des Anti-US-Wahlversprechens von 1981. Der Widerstand gegen die Beibehaltung der US-Stützpunkte bis 1988 fohmiert sich zur Zeit allerdings hauptsächlich unter der Führung der revisionistischen KKE, die für eine Volksbefragung über die US-Stützpunkte mobilisiert. Der Kampf des griechischen Volkes gegen die US-Stützpunkte in seinem Land verdient jedenfalls die volle Sympathie der bundesdeutschen Friedensbewegung.

Solidaritätskomitee mit den Todesfastenden und Hungerstreikenden im Militärgefängnis Diyarbakir

An:
die Menschenrechtskommission der UNO
das Europaparlament
die Liga für Menschenrechte
Amnesty International
die Vereinigung demokratischer Juristen
den Republikanischen Anwaltsverein
Parteien, Gewerkschaften, demokratische Organisationen

Ebertplatz 12
5000 Köln 1
Tel.: (0221) 124850

Dringender Appell

Seit Anfang September wird in einem der Militärgefängnisse in der Türkei wieder ein Hungerstreik, ein Fasten bis zum Tode durchgeführt. In Diyarbakir in Türkisch-Kurdistan ist das berüchtigte „Todeslager“ in dem fast ausschließlich politisch verfolgte Kurden einsitzen, weil sie für das Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk eintreten. Über die Foltermethoden dort, die „Umerziehungsprogramme“, über die Art der Prozeßführung gibt es bereits detaillierte Beschreibungen von verschiedenen Augenzeugen.

Der machtvolle „Hungerwiderstand“ der 2500 in Istanbul und auch der Hungerstreik bis zum Tode in Erzurum sind weit über die Grenzen unserer Heimat hinaus bekannt geworden. Trotz der Unterstützung aus dem Ausland und obwohl die politischen Gefangenen selbst alles und zugleich das wertvollste einsetzten, was sie haben, ließen sich die militärischen Machthaber nicht beeindrucken. Die Forderungen nach Abschaffung der Folter, gerechten Prozessen und menschenwürdiger Behandlung wurden im Blut erstickt. Um das Leben ihrer aktivsten und konsequentesten Mitkämpfer nicht noch mehr zu gefährden, mußten die politischen Gefangenen ihren Hungerstreik abbrechen.

Doch noch keinen Monat später melden sich über 2500 Gefangene verschiedener politischer Organisationen aus dem Todeslager von Diyarbakir zu



Solidaritätsaktion in München

Wort. Als sie am 1., 5., 6., 7. September während der Gerichtsverhandlungen ihren unbefristeten Hungerstreik und Fasten bis zum Tode ankündigten, wurden die Redner brutal zusammengeschlagen. Eine Gruppe von 150 Frauen, die protestierend zur Kriegsrechtskommandantur gezogen war, wurde von Soldaten auseinandergetrieben. Am Abend wurde das Gefängnis und das umgebende Stadtviertel abgeriegelt. Kurz danach waren Schüsse und Schreie aus dem Gefängnis zu hören.

Schon bei früheren vereinzelten Hungerstreiks in Diyarbakir hat es Massaker der Militärs unter den Gefangenen gegeben. So ist verständlich, daß sich Ange-

hörige und Freunde große Sorgen machen, noch verstärkt dadurch, daß Besuche zur Zeit verboten sind und eine Nachrichtensperre verhängt wurde. Nach letzten uns vorliegenden Meldungen sind bereits zwei Gefangene ermordet worden und 30 Gefangene befinden sich im Komma.

Diyarbakir, Istanbul, Erzurum — der Weg „zurück zur Demokratie“ scheint für die Generäle mit Leichen gesäumt zu sein. Die kritischsten Stimmen des türkischen und des kurdischen Volkes bleiben dabei auf der Strecke.

Wir bitten Sie alle:
• Verhindern Sie weitere Massaker an den Gefangenen in Diyarbakir!
• Protestieren Sie gegen die unmenschliche Behandlung der politischen Häftlinge!
• Fordern Sie Aufklärung über die Situation im Militärgefängnis Diyarbakir, überprüfen Sie sie an Ort und Stelle!

Köln, den 19. September 1983

Protesttelegramme an:
Präsident Kenan Evren
Ankara

Türkei
Diyarbakir Sikiyönetim Komutanligi
(Kriegsrechtskommandantur in Diyarbakir)
Diyarbakir / Türkei

Kopien bitte an das Komitee!
Spendenkonto: „Solidarität mit Hungerstreik im Militärgefängnis Diyarbakir“ Kto.-Nr. 1120714100, BfG Köln, BLZ: 37010111

An Ministerpräsident
Bülent Ulusu
Ankara/TÜRKIE

Seit dem 2. September 1983 befinden sich fast alle Gefangenen im Militärgefängnis Diyarbakir im Todesfasten und Hungerstreik. Hiermit protestieren wir die Praktiken ihrer Regierung und Gerichten, denen die Gefangenen ausgesetzt sind und fordern die sofortige Erfüllung der Forderungen der Gefangenen, damit ihr Leben gerettet werden kann.

Adresses-Datum-Unterschrift

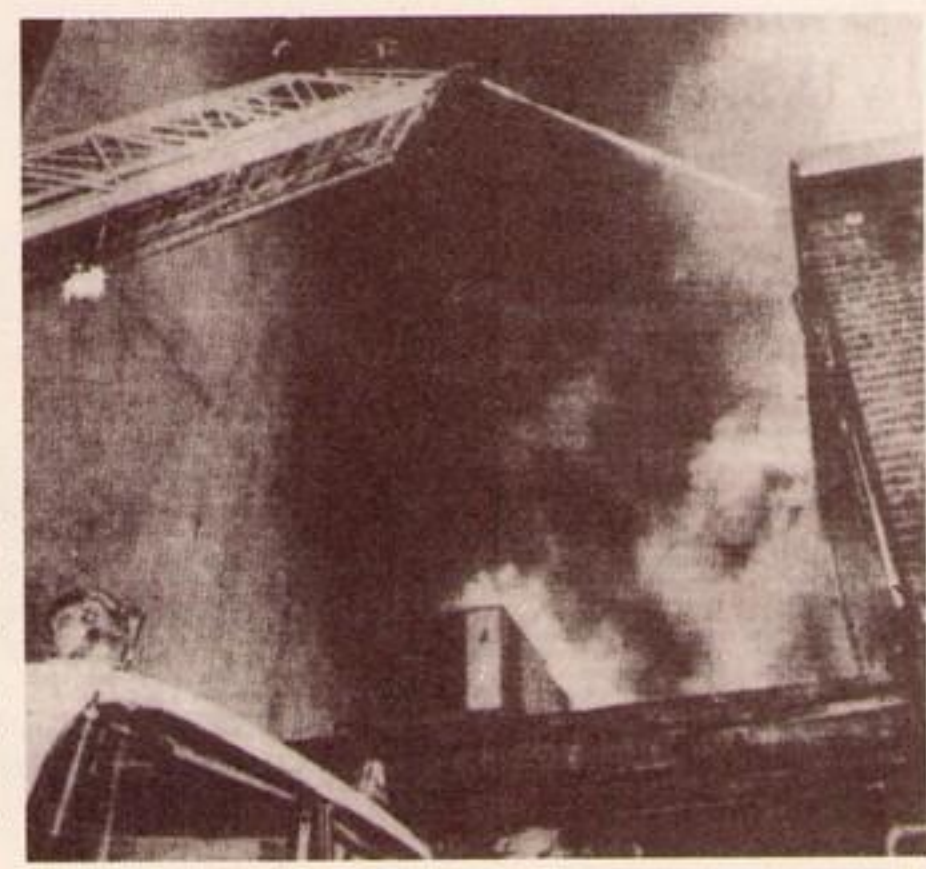
Nr: Solid. Kom. mit den Todesfastenden im Militärgefängnis Diyarbakir
Ebertplatz 12 5000 KÖLN 1-BRD

Am 12. August wurde in Vancouver auf das Parteibüro des Regionalkomitees von British Columbia ein Brandanschlag ausgeführt, bei dem das Bürohaus, in dem auch ein Buchladen war, bis auf den Grundabbrannte und auch benachbarte Gebäude schwer beschädigt wurden.

Dieser verbrecherische „Arson-Überfall“ (nach dem Stadtteil benannt) war nicht die einzige faschistische Provokation der letzten Zeit gegen die kanadische Partei. Die KPK (M-L) erklärte auf ihrem erweiterten Plenum des ZK am 20. August, daß dies die Partei und die antifaschistischen Kräfte keinesfalls einschüchtern werde.

Zahlreiche Kommunistische Parteien in verschiedenen Ländern verurteilten diesen Überfall, wie es auch unsere Partei tut.

Brandanschlag auf Parteibüro der KP Kanadas (M-L)



Meldungen

Bonn hilft El Salvador

Das hart bekämpfte Terrorregime in El Salvador soll ab 1984 wieder Entwicklungshilfe aus Bonn bekommen. Das Regime Duarte, das sich sowieso nur noch durch US-amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe über Wasser hält, soll zunächst 20 Millionen Mark von der Bonner Regierung bekommen.

Der zuständige Minister Warnke sagte dazu, er hoffe, daß die Bundesrepublik bald auch wieder mit einem Botschafter in El Salvador vertreten sei. Wegen des Krieges in El Salvador, den das Volk gegen die Diktatur führt, waren 1980 der Botschafter zurückgerufen und 24 Millionen Hilfe „zurückgestellt“ worden. Auch diese Summe soll wieder freigegeben werden.

Belgien Generalstreik beendet

Nach zwei Wochen harter Auseinandersetzung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Generalstreik in diesem Bereich am vergangenen Wochenende abgebrochen worden. Ein Kompromißvorschlag der Regierung, der im wesentlichen die



Während des Streiks der Müllwerker

Sparvorstellungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten beibehält, hat zum Bruch der Aktionseinheit zwischen christlichen und sozialistischen Gewerkschaften geführt und die Beendigung der Kampfmaßnahmen herbeigeführt.

Philippinen Terror gegen Opposition

Auf den Philippinen hat der Massenwiderstand gegen das Marcos-Regime nach der Ermordung des Oppositionsführers Aquino große Breite angenommen. Demonstrationen mit riesiger Beteiligung haben die Sicherheitskräfte des Regimes auf den Plan gerufen. In der Hauptstadt gibt es wieder Straßensperren, Kontrollen und Festnahmen, Schießereien bei Demonstrationen sind an der Tagesordnung.

Um den Einsatz von Polizei und Militär zu rechtfertigen, greifen die Reaktionen jetzt auch zu terroristischen Maßnahmen. So wurde bei einem Schönheitswettbewerb in Davao, 985 Kilometer südlich der Hauptstadt Manila ein Massaker angerichtet, als zwei Handgranaten in die Menge geworfen wurden. 15 Tote, 252 Verletzte wurden gezählt. Diese Aktion kann nur dem Regime dienen, das seine Unterdrückung laufend verschärft und an die Wiedereinführung des Kriegsrechts denkt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Spendenaffäre: Wann endlich kommt die Anklage?

„1/3 Graf Lambsdorff, 2/3 Landesverband“

„Graf Lambsdorff telefonisch informiert, daß Herr X von der Firma Y angekündigt hat, 150 über die Staatsbürgerliche zu geben. Ein Drittel Graf Lambsdorff. Zwei Drittel Landesverband.“ Dies ist ein Auszug aus Papieren, die mittlerweile 20 Aktenbände der Staatsanwaltschaft füllen — Beweise für die Schmiergeldgeschäfte zwischen Industrie, Parteien und Parlament.

Eine kurze Erläuterung der oben erwähnten Notiz — nach Interpretation der Staatsanwaltschaft. „150“ bedeutet 150000 DM, „Staatsbürgerliche“ ist die „Staatsbürgerliche Vereinigung von 1954 e.V.“ und mit „Landesverband“ der NRW-Landesverband der FDP.

Diese eine Notiz ist nur ein Beispiel. Die Summen, die von Gesellschaften wie der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ an Politiker und an Parteien gingen, kamen ausnahmslos aus der Industrie, aus den Vorstandsetagen der großen Konzerne, die sich damit Entscheidungen kauften. Entscheidungen in ihrem Sinne, gekauft mit Geldern, die nie versteuert wurden.

Der ganze Sumpf von Korruption in Bonn und Umgebung ist noch nicht zu überschauen. Aber immer mehr Einzelheiten werden bekannt, exemplarische Beispiele wie die Industrie sich Parlaments- und Regierungsentscheidungen erkaufte.

Zentraler Dreh- und Angelpunkt der Bestechungspraktiken in Bonn ist die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V.“, kurz die „SV“. Dieser Verein mit Sitz in Koblenz und Büro in Köln war seit den „Gründerjahren“ der Bundesrepublik praktisch „Spendensammelbank“, so die Staatsanwaltschaft, für die Gelder der Hochfinanz. Über dunkle Wege, Forschungsaufträge, Stiftungen wurden Millionenbeträge dann an Politiker und Parteien weitergegeben. Diese Methode, die Gelder zunächst einem gemeinnützigen Zweck zuzuführen, befreite die Geldgeber aus den Konzernnen zunächst von der Steuerpflicht. Die Parteien, die auch wiederum Stiftungen, Bildungsvereine und ähnliches unterhielten, konnten die Gelder dann auch indirekt verbuchen — ebenfalls für gemeinnützige Zwecke.

Die Staatsbürgerliche Vereinigung allein leitete zwischen 1969 und 1980 214 Millionen Mark an Geldern der Industrie an Politiker der CDU/CSU und FDP. Im Wahljahr 1976 waren es allein 40,2 Millionen Mark.

Zur Vorsicht — um Finanzamt und Staatsanwaltschaft fernzuhalten — wurden noch sogenannte Geldwaschanlagen installiert. Das sind Institute in Liechtenstein oder anderen Steuerparadiesen, die scheinbar irgendwelche sozialpolitischen Forschungen betrieben und dafür überhöhte Honorare kassierten.

Jetzt ist etwas Licht in dieses Dunkel gekommen. Anlaß war zunächst die Flick-Affäre. Der Top-Manager des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch hatte es mit „Zuwendungen“ in Höhe von Hunderttausenden DM geschafft, dem

und mir hat Minister Friderichs sich an Herrn von Brauchitsch und Herrn Herrhausen von der Deutschen Bank gewandt. Die Gespräche waren erfolgreich, die Industriekapitäne hatten den ihnen unliebsamen Kartellamtspräsidenten weggekauft.

Diese kurzen Beispiele lassen ahnen, was da zwischen Industrie und den bürgerlichen Parteien, zwischen „staatstragenden“ Vereinen, Stiftungen und ähnlichen Institutionen für Geschäfte gelaufen sind.

Den riesigen Sumpf trocken zu legen — die Chance besteht kaum ohne den ganzen bürgerlichen Staatsapparat zu zerstören. Die offen Schuldigen — bestechliche Minister, korrupte Beamte, bestechende Manager — vor Gericht zu stellen, ist aber eine dringende Notwendigkeit.



Otto Graf Lambsdorff

Die Spender

Der Industrie- und Finanzadel im Kuratorium der Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft (GFW) entschied über die Vergabe der Millionen-Spenden an CDU und FDP. METALL nennt die wichtigsten Kuratoriums-Mitglieder beim Namen (Stand 1982):

- Helmut Nagel, Chef der GFW, bis 1979 Vorstandsvorsitzender bei Kodak.
- Hans-L. Markle, stellvertretender Vorsitzender der GFW.
- Hans-L. Markle, der unumstrittene Herrscher des Bosch-Konzerns, Aufsichtsrat in zwölf Großunternehmen und Banken, darunter KHD, VW, Voith, Deutsche Bank und Allianz-Versicherung.
- Rolf Reuter, ehemaliger Chef des Daimler-Benz, Nachfolger des früheren Daimler-Benz-Chefs Joachim Zahn in der GFW, Geschäftsführer der Daimler-Benz Wohnungsbau, der Daimler-Benz Unternehmenseinrichtung.
- Helmut Eberspächer, Fabrikant in Esslingen und Neunkirchen/Saar, Vorsitzender der Landesvereinigung der Baden-Württembergischen Arbeitgeberverbände, stellvertretender Vorsitzender des südwestdeutschen Verbandes der Metallindustrie (VMI) und designiertes Aufsichtsratsmitglied bei AEG.
- Manfred Wahl, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Dürr-Gruppe, Vorsitzender des Aufsichtsrates bei Dürr-Anlagenbau und Vorsitzender der Geschäftsführung der Dürr-GmbH, früherer Vice President der IBM Europa und Geschäftsführer der IBM Deutschland.
- Werner Hennberg, Vorstandsmitglied der Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF), Ministerialrat a. D., Landesbeirat Allianz, Beirat bei der Deutschen Bank in Frankfurt und der Landesbank und Girozentrale in Saarbrücken.
- Eberhard Bauer, Geschäftsführender Gesellschafter von Bauer Elektromotoren, Esslingen.
- Robert Drost, Geschäftsführer von Hugo Kern, Lebern und Co., Schramberg.
- Heinrich Gundlach, Landrat a. D., ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung von Roab Karcher, Karlsruhe, früherer Justizrat bei Mannesmann.
- Rüdiger Stursberg, Geschäftsführer Maier und Cie., Albstadt, Präsident der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald, Villingen.
- Andreas F. Vogt, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Firma Energie- und Verfahrenstechnik (EVT), Beirat in der Dresdner und der Baden-Württembergischen Bank, Landesbeirat bei Allianz und südafrikanischer Konsul in Baden-Württemberg.
- Karl U. van Hussen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Eling Dichtungswerke, Fellbach.
- Reinhold Pfeiffer, persönlich haftender Gesellschafter der Pfeiffer-Maschinenfabrik, Ettlingen.
- Harald Maurer, Vorstandsmitglied bei der BBC AG, Mannheim, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates bei Metrawatt, Nürnberg.
- Eberhard Schleicher, Komplementär der E. Schwenk-Zement- und Stein-Werke, Aufsichtsrat der Wieland-Werke, Ulm.
- Hans Weipert, Geschäftsführender Gesellschafter im Belser-Verlag, Stuttgart, im Druckhaus Tempelhof (Berlin) und der Wesel-Druckerei (Baden-Baden), ehemaliger Präsident des VVB Stuttgart.
- Heinrich Horner, Geschäftsführer im Chemie-Konzern Boehringer, Mannheim.
- Werner Klingele, Geschäftsführender Gesellschafter der Papierwerke, Remhalden, Zweiter Chef des Verbandes der baden-württembergischen Industrie.
- Walter Hohner, Hohner AG Trossingen.
- Kurt Bloye, Textil-Fabrikant, Stuttgart.
- Paul Falscheer, Emil Adolf Werke Reutlingen (seit Anfang Mai im Konkurs); stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates.
- Alfred Meier, bis 1979 Geschäftsführer bei Kolben-Mühle, Stuttgart.
- Peter Schuhmacher, Vorsitzender des Vorstandes der Heideberger Zement AG.
- Ferdinand Heine, Heine- und Beiswenger KG, Fellbach.
- Georg Krupp, Direktor der Deutschen Bank, Stuttgart, Vorsitzender des Aufsichtsrates in der Württembergischen Leinenindustrie AG, Blaubeuren, und der Metall- und Lackierwarenfabrik in Ludwigsburg, Aufsichtsrat bei SWF, Bietigheim, Aufsichtsratsvorsitzender bei WMF.
- Dieter Weiler, Direktor der Dresdner Bank, Stuttgart.
- Manfred Prechtel, Vorstandsmitglied der Baden-Württembergischen Bank, Aufsichtsrat Schwaben-garage, Beirat Landeszentralbank Baden-Württemberg.

In der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ vom 22. September 1983 fanden wir einen interessanten Artikel über eine (über-) lebenswichtige Broschüre des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Da es uns nicht gelungen ist, dieses hilfreiche Heft zu bekommen, drucken wir im folgenden den Artikel des WdA-Mitarbeiters Roland Berger ab, weil wir so auch unseren Lesern manchen praktischen Ratschlag vermitteln können...

Heißer Tip: Einpökeln

„Strahlende“ Zukunft



Bei Schafen mit dem Staubsauger gegen Radioaktivität

Dank der Broschüre „Selbstschutz in der Landwirtschaft“ des Bundesverbandes für den Selbstschutz wissen deutsche Landwirte nun, was Tiere und Pflanzen bei einem Atomkrieg erwartet und was dann für ihn, den Landwirt, zu tun bleibt.

Was Pflanzen anbelangt, so können wir alle froh sein, denn „eine Verstrahlung der Pflanzen in der Phase der Samenreife hat keinen Einfluß auf das Ertragsniveau“. Der Hungertod, wie er ja heute viele Millionen Menschen bedroht, wäre also nach einem nuklearen Inferno für den übrigen Teil der Menschheit kaum mehr eine Gefahr.

Raucher können besonders zuversichtlich in die strahlende Zukunft blicken, denn „Tabak ist relativ strahlenresistent“. Auch die deutsche Eiche soll gute Chancen haben, dem Strahlentod zu entgehen. Dagegen sieht es schlecht aus für die Kiefer und andere Nadelhölzer. Doch ist die Gefährdung nur eine hypothetische, da in diesen Fällen der Pflanzentod zur Zeit der Nuklearkatastrophe schon auf andere Weise eingetreten sein kann.

Ist der Atomkrieg einmal ausgebrochen, wird dem deutschen Landwirt zu besonderer Humanität gegenüber der ihm anvertrauten Kreatur geraten. Viele Bauernleute müssen sich da schwer umstellen. Zitat: „Bei ABC-Alarm sollten die Tiere

in allen Ställen frei laufen lassen werden.“

Mit einem weiteren Problem hat die Landwirtschaft nach einem Atomkrieg zu rechnen. „Da bei den Tieren nicht die Lebenserhaltung, sondern die Erhaltung des Fleisches als Nahrungsmittel im Vordergrund steht, wird nach einem Einsatz von Kernwaffen mit einem großen Anfall von Notschlachtvieh zu rechnen sein.“

Grundsätzliche Bedenken gegen das Verspeisen von verstrahlten Steaks oder Rippchen sind nach Urteil des Bundesverbandes fehl am Platze, wenn nur alles gut geprüft, kontrolliert und notfalls „abgekocht“ wird.

Bei verstrahltem Vieh empfiehlt der „Selbstschutz“ das Entfernen radioaktiver Partikel von der Haut durch den Einsatz von Staubsaugern oder das Scheren der Wolle (bei Schafen). „Allerdings“, so wird immerhin gewarnt, „ist diese Methode wenig effektiv und nicht ungefährlich“.

Eines sollte allerdings auch mit berücksichtigt werden, nämlich, „daß das Fleisch von radioaktiv verschädigten Tieren schneller verdorbt und infolgedessen schneller der Verwendung zugeführt werden muß“.

Guten Appetit kann man da nur sagen: Übrigens: Pökeln schützt vor Strahlen. Lassen wir uns doch alle einpökeln.



Schweinefleisch notfalls „abkochen“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

- 4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.
- 4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.
- 2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 39388, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.
- 4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.
- 4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.
- 4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.
- 6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.
- 2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

- 3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.
- 7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.
- 2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.
- 5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.
- 5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.
- 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.
- 7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.
- Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.